

Stadtverwaltung Chemnitz/Dezernat 3 Geschäftsstelle Kriminalpräventiver Rat

Lokaler Aktionsplan für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz (LAP)

Partnerschaft für Demokratie Bundesprogramm „Demokratie leben“

Kommunales Handlungskonzept zur Demokratieförderung Fortschreibung 2025



Bild: Miteinanderkonferenz 3.0, Pressestelle Stadt Chemnitz



Bild: Miteinanderkonferenz 1.0 Ines Vorsatz

Inhalt

Seitenzahl

Einleitung	3
1. Fortschreibung der kommunalen Handlungsstrategie zur Demokratieförderung	4
2. Ergebnisbericht zur Umsetzung der kommunalen Handlungsstrategie von 2019 bis 2025	7
3. Situationsanalyse als Grundlage für die Fortschreibung der Kommunalen Handlungsstrategie	17
4. Fortschreibung der kommunalen Handlungsstrategie	25
5. Strategische Ausrichtung der kommunalen Handlungsstrategie zur Demokratieförderung	39

Einleitung



Foto: Pressestelle Stadt Chemnitz

Die vorliegende Fortschreibung ist im Rahmen eines umfangreichen Beteiligungsprozesses von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Chemnitz entstanden. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie wir friedlich und wertschätzend in der aktuell bestehenden Vielfalt miteinander leben wollen und können.

Wir alle tragen die Verantwortung dafür, Menschen eine Perspektive zu geben, damit sie sich unserer Gesellschaft zugehörig fühlen können. Dieses Ziel ist nicht für alle selbstverständlich. Es wird immer wieder versucht, zu bestimmen, wer zu unserer Gesellschaft dazugehören darf und wer nicht. Zu unserer Gesellschaft gehören alle. Das ist im Grundgesetz verankert. Das Grundgesetz ist der verbindliche Verhandlungsrahmen für das Zusammenleben, Gesetze, Regeln, Normen und Werte in der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Verhandlungsrahmen ist nicht starr, sondern verändert sich im Kontext mit der gesellschaftlichen Entwicklung. Gleichzeitig bietet das Grundgesetz einzigartige Freiheiten, die es Menschen ermöglichen, Meinungen frei zu äußern und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Diese Errungenschaften der freiheitlich demokratischen Grundordnung sind jedoch unter Druck geraten. Es sind Bewegungen und Parteien erstarkt, die diese Rechte einschränken wollen. Es ist deshalb wichtig, mit der Fortschreibung u. a. auch die Engagierten zu stärken, die sich für Vielfalt, Meinungsfreiheit, Chancengleichheit und eine offene Gesellschaft einsetzen.

Im Vorfeld des Beteiligungsprozesses zur Fortschreibung kam die Frage auf, was dieses Handlungskonzept mit Prävention und Kriminalität zu tun hat. Am Beispiel des NSU zeigt sich, dass dieses Strategiepapier sehr viel damit zu tun hat. Die Mitglieder des als NSU bekannten Trios wurden von einem Chemnitzer Unterstützungsnetzwerk versteckt, die die neonazistische, menschenverachtende Weltanschauung des Trios teilten. Die Täterin und die Täter haben in unserer Mitte gelebt und Straftaten begangen, die viele in unserer Gesellschaft fassungslos gemacht haben. Bis heute ist nicht geklärt, wie es soweit kommen konnte. Prävention heißt, solche Straftaten zu verhindern, bevor sie passieren. Deshalb wurde der Fortschreibungsprozess durch die Geschäftsstelle des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Chemnitz organisiert und begleitet.

Das vorliegende Strategiepapier ist die 3. Weiterführung des Handlungskonzeptes von 2008 und soll dazu Anregung geben, wie wir in Chemnitz zukünftig so miteinander umgehen, dass Morde auf Grund von Hass nie wieder passieren. Die Vernetzung zwischen Verwaltung, demokratisch engagierter Bürgerschaft und Politik ist dabei unverzichtbar. Nur dadurch können Praxiserfahrungen mit Verwaltung und Politik geteilt und wertvolle Impulse für die weitere Entwicklung einer demokratischen Chemnitzer Stadtgesellschaft gegeben werden.

Aus den Miteinanderkonferenzen vom 14.09.2023, 25.01.2024, 13.06.2024 und 19.06.2025 kamen für die Strategieentwicklung wichtige Impulse von demokratisch engagierten Menschen. Alle bewegte die Frage, wie es gelingen kann, in Zukunft gleichberechtigt, gewaltfrei, diskriminierungsarm und respektvoll miteinander zu leben. Sozialer Frieden und Grundrechte für alle sollen erhalten und gestärkt werden. Die Impulse dafür wurden in die Handlungsstrategie aufgenommen.

Durch die Teilnehmenden der Konferenzen wurde der Inhalt des Strategiekonzeptes entscheidend geprägt und mitgestaltet. Ihnen gilt ganz besonders der Dank für intensive Diskussionen, viele Anregungen für den Inhalt und konstruktive Lösungsvorschläge.

1. Fortschreibung der kommunalen Handlungsstrategie zur Demokratieförderung

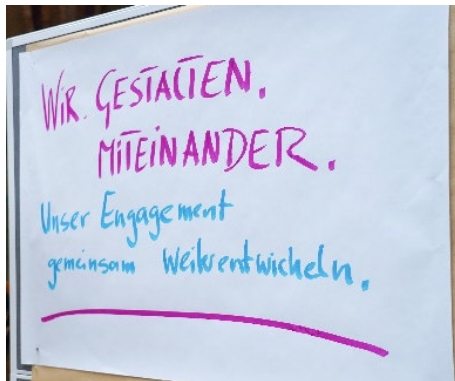


Foto: Ines Vorsatz

Anlass der Fortschreibung ist, dass das kommunale Handlungskonzept zur Demokratieförderung in regelmäßigen Abständen aktualisiert werden soll. Auftrag ist, das Handlungskonzept regelmäßig an die aktuellen Bedarfe und gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen. Damit soll eine aktualisierte Basis für die Förderung von Maßnahmen zur Demokratieförderung und Gewaltprävention bereitgestellt werden.

Grundlage der aktuellen Fortschreibung sind der 2008 durch den Stadtrat beschlossene Lokale Aktionsplan sowie die Fortschreibungen von 2012 und 2019. Die Kontinuität der Fortschreibungen lässt nachvollziehen, welche Veränderungen der gesellschaftliche Wandel durchlaufen hat und mit welchen Maßnahmen darauf reagiert wurde. An diesen dynamischen Prozess soll die aktuelle Fortschreibung anknüpfen.

Das Strategiepapier enthält eine Auswertung vorliegender Daten zur Umsetzung der Handlungsziele aus den Jahren 2019 bis 2025, des im Fortschreibungsprozess erarbeiteten Materials, sowie die Zielsetzungen für die nächsten Jahre.

Gemäß den Qualitätsstandards von Prävention wurde die Problemanalyse von 2019 fortgeschrieben. Im Rahmen der Beteiligungskonferenzen wurden aktuelle Bedarfe ermittelt. Die Bedarfe wurden zu Handlungsfeldern zusammengefasst und dazu passende Leitziele und Mittlerziele erarbeitet. Der gesamte Prozess erfolgte beteiligungsorientiert und mit viel Engagement der demokratisch engagierten Bürgerschaft.

In den Miteinanderkonferenzen vom 14.09.2023, 25.01.2024, 13.06.2024 und 19.06.2025 so wurden viele Ideen gesammelt, wie Chemnitz lebenswerter und sicherer werden kann. Die konkreten Vorschläge, welche Unterstützung dafür gebraucht wird, wurden in die Ressourcenanalyse aufgenommen.

Entwicklungsprozess für die Zielerarbeitung:



In die Fortschreibung sind weitere Bedarfe eingearbeitet, die sich aus Beschlüssen des Stadtrates ergeben haben:

Chemnitz ist seit 03.12.2020 Mitglied der European Coalition of Cities against Racism (ECCAR)

Das Vorurteile, Hass, Rassismus und Gewalt der Gesellschaft schaden, haben in Europa viele Städte erkannt und wollen diesen Herausforderungen gemeinsam begegnen. Vorurteile begleiten uns über das ganze Leben. Sie erfüllen den Zweck, uns nicht mit Daueranalysen unserer sozialen Umgebung zu überlasten.

Vorurteile haben jedoch deutlich mehr Schattenseiten. Sie können dazu führen, ganze Personengruppen negativ zu bewerten, obwohl man die Personen gar nicht kennt. Aus der Abwertung von Personengruppen kann z.B. Rassismus entstehen, der zu Hass und Gewalt führt. Viele Städte in Europa tauschen sich deshalb in unterschiedlichen Formaten dazu aus, wie das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen gut gelingen kann.

Chemnitz ist seit 03.12.2020 Mitglied der European Coalition of Cities against Racism (ECCAR). In einer digitalen Mitgliederversammlung, verbunden mit der Sitzung des sogenannten Lenkungsausschusses von ECCAR, wurde Chemnitz gemeinsam mit den Städten Wroclaw, Roeselare, Stralsund, Terrassa, Turin, Brügge und Lampedusa durch einstimmigen Beschluss aller anwesenden bisherigen Mitgliedsstädte in das Städtebündnis aufgenommen. Die Mitgliedschaft in dem Bündnis bietet die Möglichkeit zur Vernetzung, zum Erfahrungsaustausch zu Programmen und Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus und auch zur Erarbeitung gemeinsamer länderübergreifender Maßnahmen und Ziele.

Die Aufgabe wurde strategisch an den Bereich Kommunale Prävention/Demokratieförderung im Dezernat 3 angegliedert. Damit ist die Schnittstelle zum kommunalen Strategiekonzept "Lokaler Aktionsplan für Demokratie, Toleranz und ein weltoffenes Chemnitz" gewährleistet. Antirassismuserbeit ist Bestandteil des kommunalen Strategiekonzeptes zur Demokratieförderung. Zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus soll ein 10 Punkte Plan beitragen. Die Stadt Chemnitz fördert zahlreiche Maßnahmen, die das gelingende Miteinander verschiedener Kulturen positiv gestalten. Personelle Ressourcen, um den 10 Punkte Katalog als Verwaltung umzusetzen, sind nicht vorhanden.

Chemnitz ist seit 2006 Mitglied der Organisation „Mayors for peace“

Die Organisation Mayors for Peace wurde 1982 durch den Bürgermeister von Hiroshima gegründet. Aus der grundsätzlichen Überlegung heraus, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind, versucht die Organisation Mayors for Peace durch Aktionen und Kampagnen die weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und deren Abschaffung zu erreichen. Das internationale Netzwerk hieß früher "Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen".

1991 wurden die Mayors for Peace vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen als Nichtregierungsorganisation registriert. Inzwischen gehören dem Netzwerk über 8000 Städte und Gemeinden aus 166 Ländern an. In Deutschland sind über 800 Mitglieder dem Bündnis beigetreten. Chemnitz ist seit 2006 Mitglied.

In die Fortschreibung wurden Anregungen aus dem Projekt „Strong cities“ <https://strongcitiesnetwork.org/our-themes/transatlantic-initiative/> übernommen.

Grundlagen der Fortschreibung der lokalen Handlungsstrategie zur Demokratieförderung



Foto: Ines Vorsatz

Grundlage für die Demokratieförderprogramme des Bundes, des Freistaates Sachsen und der Stadtverwaltung Chemnitz als Kommune ist das Grundgesetz. Die Grundgesetzbindung verpflichtet nicht nur zur Einhaltung demokratischer Grundregeln sondern auch zum Schutz der dort verankerten Werte.

Die Einhaltung der freiheitlich demokratischen Grundordnung ist deshalb auch das politische Ziel der lokalen Maßnahmeförderung. Dazu gehören auch die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte.

Schwerpunkte sind:

Artikel 1 Absatz 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Einen verbindlichen Rahmen bildet auch Artikel 3 Absatz 3 GG

„(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Örtliche Grundlage der Handlungsstrategie ist der 2008 durch den Stadtrat beschlossene Lokale Aktionsplans für Demokratie, Toleranz und ein weltoffenes Chemnitz (LAP).

Die Grundsätze der Handlungsstrategie beziehen sich auf:

- Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
- Verfassung des Freistaates Sachsen Artikel 36 und 101
- Theorie "Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" (GMF, engl. group-focused enmity) begründet von Erziehungswissenschaftler Wilhelm Heitmeyer des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
- Johan Galtung Gewaltbegriff
- Berichte und Veröffentlichungen des Landesamtes für Verfassungsschutz
- Sachsenmonitor 2024
- Pia Lamberty, Lea Frühwirth, Anna Lis Jakobi Research Paper „Naturkatastrophen als Nährboden für Falschinformationen und antidemokratische Agitation“
- Ergebnisse der Bürgerbeteiligungsformate und aus den Arbeitsgruppen des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Chemnitz

2. Ergebnisbericht zur Umsetzung der kommunalen Handlungsstrategie von 2019 bis 2025

Die kommunale Handlungsstrategie ist auf Grund der durchgehenden Umsetzung seit 2008 in Ihrer Nachhaltigkeitsphase angekommen. Der Berichtszeitraum umfasst den Zeitraum ab 2019.

Umsetzung der kommunalen Handlungsstrategie und der Bundesprogramme

Die kommunale Handlungsstrategie zur Demokratieförderung wurde gemeinsam mit vielen demokratisch engagierten Menschen umgesetzt. Tausende Chemnitzerinnen und Chemnitzer beteiligten sich an Aktionstagen, Fortbildungen, Lesungen, Vernetzungstreffen, Veranstaltungen, Ausstellungen und zahlreichen weiteren Formaten. Alle geförderten Maßnahmen wurden durch demokratisch engagierte Menschen selbst entwickelt und durchgeführt. Eine große Herausforderung stellte die Umsetzung von Maßnahmen in Zeiten der Coronapandemie dar. Durch die Nutzung digitaler Verfahren konnten die Förderprogramme des Mikrofonds im Lokalen Aktionsplan und die Förderverfahren im Bundesprogramm „Demokratie leben“ in der Pandemie fortgesetzt werden. Trotz großer Hürden wurden viele Maßnahmen umgesetzt. Die Entwicklung neuer digitaler Formate wie z. B. digitale Ausstellungen, Workshops, Fortbildungen oder Vernetzungstreffen brachten nachhaltige Impulse für das Erreichen von Zielgruppen. Des Weiteren wurden Zeitfenster genutzt, die mehr Aktionen und Begegnungen zugelassen waren.

Strategisch erfolgt die Betreuung der Maßnahmen durch die Verwaltung. Dafür wurde die Fachstelle Kriminalprävention eingerichtet. Das Verfahren der Antragsstellung und Zuwendung im Rahmen des LAP's ist in der Richtlinie der Stadt Chemnitz zur Förderung von Projekten im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz geregelt. Die aktuelle Fassung ist am 15.12.2021 in Kraft getreten.

Fachliche Unterstützung erhält die Fachstelle durch den Begleitausschuss und die AG Radikalisierungsprävention als Fachnetzwerk mit Expertinnen und Experten aus der demokratisch engagierten Bürgerschaft und Verwaltung. Als fachinternes Beratungsgremium stand und steht ein Begleitausschuss zur Verfügung. Er tagt nichtöffentlich und verfügt über eine Geschäftsordnung. Des Weiteren wird die Verwaltung durch die externe Koordinierungsstelle im Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e.V. unterstützt. Durch die externe Koordinierungsstelle wird auch ein Jugendforum begleitet.

Die 5 Säulen der Kommunalen Handlungsstrategie zur Demokratieförderung in Chemnitz bleiben auf Grund der positiven Erfahrungen bestehen. Diese sind:



Niedrigschwellige Beteiligung wird im Rahmen des LAP über den einfachen Zugang zu kommunalen Fördermitteln und zielgruppengerechte Beteiligungsformate erreicht. Beispiele dafür sind die seit 2009 andauernde Überbuchung der vorhandenen Mittel durch viel mehr Antragstellende. Dazu beigetragen hat die Splittung der Förderung in Fördersäule (1) kommunale Mittel und Fördersäule (2) Bundesmittel. Antragstellende mit wenig Erfahrung konnten genauso Maßnahmen umsetzen, wie Erfahrene. Die Splittung soll auch zukünftig beibehalten werden. Antragstellende entwickeln ihre Maßnahmen selbst und erleben bei der Umsetzung eine große Selbstwirksamkeit. Das ermutigt dazu, weiterhin gesellschaftlich aktiv zu bleiben.

Die kooperative Vernetzung von demokratisch engagierter Bürgerschaft, Politik und Verwaltung ist im Rahmen der Plattform „Chemnitz für Menschlichkeit“ und der Miteinanderkonferenzen erfolgreich gelungen. Der starke Fokus auf einer breiten Beteiligung der Bevölkerung hat sich bewährt. Es konnten alle Zielgruppen erreicht werden.

Unterstützung von Engagement für Zusammenhalt, Demokratie und gewaltfreiem Miteinander konnte über Fachveranstaltungen und Vernetzungsformate gewährleistet werden. Die Förderstrategie mit kommunalen Mitteln, Zuschüssen von Land und Bund wurde erfolgreich mit Maßnahmen umgesetzt. Die bereitgestellten Mittel waren jedes Jahr überzeichnet.

Für die Abstimmung von Präventionsmaßnahmen wurde 2015 eine Institutionsübergreifende Steuerungsgruppe (PIT) gebildet. Diese ist in der Geschäftsstelle des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Chemnitz angesiedelt.

Durchgeführte Maßnahmen zur Untersetzung der Handlungsziele



Foto: Förderverein Freunde der Kunstsammlungen Chemnitz e. V.

In den Jahren **2019 bis 2024** wurden insgesamt 1.915.300,00 € Fördermittel ausgereicht. Die Stadt Chemnitz erhielt dabei Zuschüsse des Bundes in Höhe von 1.2754.500 € und des Freistaates Sachsen in Höhe von 159.800,00 €. Durch die Kommune wurden eigene Mittel in Höhe von 480.000.00 € bereitgestellt.

In diesem Zeitraum wurden insgesamt 145 kommunale Mikroprojekte und 75 Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ gefördert. Die Vorgaben aus dem Stadtratsbeschluss von 2008 wurden somit erfolgreich umgesetzt. Die gesetzten Ziele der Fortschreibung aus dem Jahr 2019 wurden alle mit Maßnahmen umgesetzt. Im Durchschnitt werden mit den Maßnahmen die geplanten Teilnehmendenzahlen erreicht. Die Art der Formate reicht dabei von Aktionen in sozialen Medien, Kampagnen, Aktionstage (z. B. 5. März, 9. November), Lesungen, Konzerte, Workshops, Ausstellungen bis zu Sport und Kulturveranstaltungen. Unter den Mittlerzielen 1.3 (Handlungsfeld Diversity) und 2.1 (Handlungsfeld Problembewusstsein/Sensibilisierung) wurden besonders viele Projektanträge eingereicht. Beide Ziele sind eng mit den Bedarfen verbunden, die auch im Beteiligungsprozess der Fortschreibung 2024/25 benannt wurden. Sie zeigen, dass sich viele Menschen sehr aktiv mit Konfliktlinien und Aktionismus antidemokratischer Parteien und Initiativen in Chemnitz auseinandersetzen.

Die Projektanträge bilden realistisch die tatsächlichen Bedarfe wider. Problemlagen werden durch Antragstellende konkret benannt. Innerhalb der Projekte wird mit einem ganzen Spektrum von Maßnahmen gearbeitet, um das Gemeinwesen im Stadtgebiet positiv zu gestalten.

Voraussetzung für die Förderung von Maßnahmen zur Umsetzung des Lokalen Handlungskonzeptes zur Demokratieförderung sind Standards zur Zieldefinition. Die Ziele sollten Spezifisch, Messbar, Attraktiv, Realistisch und Terminiert sein (SMART). Zur Überprüfung der Zielerreichung waren die Maßnahmen mit Erfolgsindikatoren zu untersetzen.

Das Controlling der Fachstelle hat ergeben, dass die Mittel wirtschaftlich eingesetzt wurden und die geplanten Zielsetzungen in den meisten Maßnahmen sehr gut erreicht wurden. In den wenigen Ausnahmefällen, in denen die Ziele nicht vollumfänglich erreicht wurden, ergab die Evaluierung, dass Maßnahmen zur Zielgruppenerreichung falsch eingeschätzt wurden oder zu wenig Öffentlichkeitsarbeit erfolgte. Es erfolgte eine Auswertung der Projekte. Die Ergebnisse der Auswertungen wurden in die Prüfung der Neuanträge übernommen und dort eingearbeitet. Dazu gehören zum Beispiel die Konkretisierung von Maßnahmen zur Zielgruppenerreichung durch mehr Öffentlichkeitsarbeit.

Herausforderungen durch die Förderstruktur



Von demokratisch aktiven Menschen wird es trotz der Erfolge als Hindernis empfunden, dass die Förderprogramme zu bürokratielastig sind. Auf aktuelle Bedarfe kann auf Grund der Fristen und des Fehlbedarfs an Mitteln nur verzögert reagiert werden. Des Weiteren wird die Bindung der Mittel an das Haushaltsjahr als hemmend empfunden, da die Projektstruktur immer neu starten muss. In Bezug auf das Bundesprogramm „Demokratie leben“ wurde der Wunsch geäußert, hier flexiblere Lösungen zu finden, um nachhaltige Strukturarbeit leisten zu können.

Grundsätzlich melden uns die Projektverantwortlichen zurück, dass

- die formalen Anforderungen an die Mittelbewirtschaftung zu hoch sind
- ehrenamtlich aktive Vereine keine professionelle Buchhaltung finanzieren können, da diese nicht bezuschusst wird und auch keine geschäftsführenden Personen
- die zu beachtenden Vorschriften insbesondere im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ viel zu umfangreich sind (z.B. 10 Merkblätter, Bestimmungen aus der AnBestP, Vergaberichtlinien, Vorgaben zur Qualifikation und Einstufung von Personal, Belegführung)

Diese Rückmeldungen wurden an die Regiestelle des Bundesprogramms „Demokratie leben“ weitergegeben.

Stärken der Förderstruktur



Viele demokratisch aktive Menschen schätzen den Rückhalt, den die Stadtverwaltung durch Beratung, Vernetzung und Kooperation bietet. Die Stadt Chemnitz leistet dadurch einen Beitrag zu einer integrativen Stadtidentität, die Vielfalt gestaltet.

Positiv wird die Splittung der Förderprogramme in die kommunale Mikrofondsebene und die umfangreicheren Makroprojekte mit Bundes- und Landesunterstützung gesehen. Dadurch wird es möglich niedrigschwellig Zugang zu Fördermitteln zu erhalten. Insbesondere die Erhöhung der Fördersumme des kommunalen Mikroprojektfonds auf 5.000,00 € erhielt positiven Zuspruch.

Beispiele für erzielte Wirkungen



Bild und Foto: Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e.V.

Die geförderten Maßnahmen wurden in verschiedenen Ebenen evaluiert, in der Umsetzung überprüft und kontrolliert (Controlling). Die Anzahl der Teilnehmenden war in allen Förderjahren sehr gut. Das trifft auch auf die Jahre 2020 bis 2022 zu, in denen es durch die Coronapandemie besondere Herausforderungen gab, überhaupt Maßnahmen umzusetzen. Viele Engagierte haben kreativ versucht, neue Formate zu finden, sich auf enge Zeitkorridore der Ermöglichung konzentriert und ihre Sozialräume gut in der Vernetzung betreut. Die Unterstützung der Fördermittelgeber und die durchweg stabile Unterstützung durch die Verwaltung hat dazu beigetragen, dass nach der Pandemie an ein gutes Engagiertennetzwerk andockt werden konnte.

Die Arbeitsgruppe Radikalisierungsprävention und die Mitglieder des Begleitausschusses setzten sich ebenfalls intensiv mit Wirkungen von geförderten Maßnahmen auseinander.



Foto: Förderverein der Freunde der Kunstsammlungen Chemnitz e. V.

Insgesamt konnten positive Wirkungen der geförderten Maßnahmen festgestellt werden. Beispiele sind u.a.:



Positive Erfahrung mit Vernetzung und gegenseitiger Unterstützung

Chemnitzer Engagierte haben oftmals das Gefühl, dass ihr Engagement nicht gesehen wird. Es wird noch immer darauf verwiesen, dass es zu wenig Informations- und Vernetzungsformate gibt. Folgende Ansätze haben sich bewährt und sollten fortgesetzt werden (Nachhaltigkeit):

- „Chemnitz für Menschlichkeit“
Plattform für Austausch, Vernetzung und Ressourcenbündelung von demokratisch engagierter Bürgerschaft und Verwaltung. Als wertvoll empfinden die Teilnehmenden den Austausch zu aktuellen Ereignissen, die gemeinsame Entwicklung von Maßnahmen, Fortbildungen, Aktionstagen und die gegenseitige Stärkung.
- „Gemeinsam anderer Meinung sein“
Im Rahmen von Erzählcafés, Stadtteilstesten und Aktionstagen werden Menschen miteinander ins Gespräch gebracht, die sonst nicht ins Gespräch kommen würden. Besonderer Aspekt ist hier die begleitende Moderation, die davor bewahrt, dass Missionierungen stattfinden und Konflikte eskalieren.

- „Wir Gestalten Miteinander“

Dieses Vernetzungsformat verbindet verschiedene Kulturen, Menschen mit Handicap, die queere Community und interessierte Menschen um über die Zukunft einer demokratischen Chemnitzer Gesellschaft zu diskutieren. Das Format hat auf Grund des positiv formulierten Ziels und der Wertschätzung gegenüber engagierten Menschen einen sehr hohen Zulauf. Es trägt dazu bei, dass völlig neue Kooperationen entstehen und daraus konstruktive Ideen entstehen, wie es gelingen kann, in Krisenzeiten positiver auf die Gesellschaft zu schauen.



Foto: Inpeos e.V.



Erfolgreiche Stärkung von Engagement in Sozialräumen

Akteurinnen und Akteure haben selbstentwickelte Ideen erfolgreich in ihren Sozialräumen umgesetzt. Dadurch entstand das Gefühl hoher Selbstwirksamkeit und eine positive Wirkung in das Umfeld.

Dazu gehörten zum Beispiel:

- geförderte Veranstaltungen mit einer offenen und kooperativen Atmosphäre, in die sich alle Beteiligten ohne Angst vor Diskriminierung und Angriffen extrem Rechter einbringen konnten
- die Ausrichtung der Förderstrategie auf einen hohen Kooperationsgrad führte zur besseren Bekanntheit der Formate
- die Bereitstellung von Ressourcen und Unterstützung hatte positiven Einfluss auf Fähigkeiten und Kompetenzen der Akteurinnen und Akteure
- erfolgreiche Projekte führten zur Ermutigung, Projekte weiter zu entwickeln und an den Themen weiter zu arbeiten.
- Schulungen und Workshops zu gesellschaftlich relevanten Themen stärkten die Haltung und die Fähigkeit, demokratische Werte zu verteidigen
- Beratungsangebote für Betroffene von Hass, Gewalt und rassistisch motivierter Gewalt trugen dazu bei, dass sich diese nicht allein gelassen fühlten
- Vernetzungstreffen für demokratische Engagierte förderten den Zusammenhalt
- Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit sorgte für mehr Bekanntheit der Angebote

- MitMach(t)Tafeln - öffentlich zugängliche und beschreibbare Tafeln - regten dazu an, Wünsche äußern, Meinungen und Statements anbringen, Vorschläge zu machen und auf Dinge hinzuweisen, die im Nachgang in neue Projekte umgesetzt werden konnten
- viele engagierte Menschen, Initiativen und Vereine wünschen sich Räume, in denen sie sich kostenfrei, niedrigschwellig und barrierefrei austauschen können. Durch die Förderung des Open Space ist es gelungen, einen Raum dafür anzubieten. Bereits im ersten Jahr haben über 40 Veranstaltungen eine Resonanz erzeugt, die die Erwartungen bei Weitem übertroffen hat



Foto: Inpeos e.V.



Positive Erfahrungen mit sozialer Vielfalt

Viele geförderte Maßnahmen trugen dazu bei, dass Teilnehmende positive Erfahrung mit sozialer Vielfalt gemacht haben. Geflüchtete und Einheimische konnten sich in geschützten Räumen und Formaten begegnen. Viele Maßnahmen förderten die Beteiligung an interkulturellen Aktivitäten, Veranstaltungen und Festivals. Bildungs- und Fortbildungsangebote zu Vielfalt und interkulturellen Themen konnten das Bewusstsein für die Bedeutung von Vielfalt zu schärfen.

Seminare, Workshops oder Vorträge vermittelten Wissen und Fähigkeiten, um effektiv mit Vielfalt umzugehen und positive Erfahrungen zu machen. Sie sorgten dafür, dass diskriminierungsarme Räume geschaffen und für akzeptierende Begegnungskultur zum Abbau von diskriminierenden Haltungen bei den Teilnehmenden gesorgt wurde.

Dazu gehören z.B.:

- Offene und respektvolle Gespräche mit Menschen, die verschiedene kulturelle Hintergründe und Perspektiven haben
- Bewusstseinsbildende Workshops, um eigene Vorurteile abzubauen
- Biografiearbeit und künstlerische Formate wie z.B. Bücher und Plakate
- Filmformate wie z.B. die Interkulturelle Filmwoche
- Ausstellungen über Schicksale von Geflüchteten, die in Deutschland rassistisch verfolgt wurden
- Dialogcafés (Cafè all Inn), Nachbarschaftstreffen und Patenschaftsprogramme
- Festivals (Stadtteilstefte, Stadthallenparkstefte)
- Aktionstage gegen Rassismus
- Lesungen zum Austausch von Erfahrungen und Geschichten mit Flucht und Vertreibung
- Erfolgreiche Angebote zum Abbau diskriminierender Haltungen und zur Schaffung sicherer Räume für marginalisierte Gruppen
- Sichtbarmachung von Vielfalt jüdischer Lebenswelten und Auseinandersetzung mit Antisemitismus (religiös, kulturell, historisch und zeitgenössisch)

- Kontinuitäten des NSU-Unterstützungsumfeldes sichtbar und die Betroffenenstimmen hörbar zu machen
- Video- und Kunstinstallationen, die Diskriminierung, Rassismus, Hass und Verfolgung von Geflüchteten in Deutschland dokumentieren und für einen respektvollen Umgang miteinander werben



Foto: Arthur e.V.



Haltung reflektieren und Werte stärken

Angebote zur Haltungsreflektion und Wertestärkung, für allgemeine demokratische Bildung und zum Faktenchecking wurden erfolgreich genutzt, um sich gegen rassistische und diskriminierende Angriffe zu wehren zu können. Dabei stand im Vordergrund, die im Grundgesetz verankerten Werte und Menschenrechte zu vermitteln, zu bewahren und zu schützen.

Dazu gehören zum Beispiel:

- Argumentationstrainings, die den Wert der Demokratie in unserer heutigen Gesellschaft näher betrachteten
- theaterpädagogische Angebote, die Grund- und Menschenrechte thematisiert und vermittelt haben
- Lesungen mit Bezug zu Themen wie Gewalt, Ausgrenzung, Mobbing, Gleichberechtigung
- Podiumsdiskussionen zu gesellschaftlich relevanten Themen
- Zeitzeugengespräche zum Thema Holocaust
- Zeitzeugengespräche zum Thema politische Verfolgung zu DDR Zeiten
- Veranstaltungen zum Gedenken an die 1989 friedlich erstrittenen Werte der Freiheit und Demokratie
- Projektstage an Bildungseinrichtungen zu Antisemitismus, Verschwörungsideologien und Diskriminierung
- Unterstützung von Rassismus betroffener Menschen
- Thematisierung sozialer Ungleichheit
- Information über Beteiligungsmöglichkeiten in der Gesellschaft
- Aufklärung über rechts-autoritäre Strömungen und Neonazismus, Geschlechterrollen und Sexismus
- Festivals, die die Identität für junge, demokratisch engagierte Menschen stärkten
- Aktionen mit „Demokratie mobil“ die erfolgreich mittels niederschwelliger Methoden erreichten, miteinander ins Gespräch zu kommen, um mit Menschen zum Thema Demokratie und Teilhabe zu stärken
- U 18 Wahlveranstaltungen
- Vermittlung historischer Ereignisse aus der NS-Zeit um zu vermitteln, dass Wert und Wertschätzung eines jeden Menschen ein hohes Gut in der Demokratie ist



Foto: Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e. V.



Mit zeitgemäßer Gedenkkultur neue Zielgruppen erreichen

Bisherige Angebote zur Gedenkkultur wurden von vielen Engagierten als zu wenig orientiert an den Bedarfen der heutigen Gesellschaft empfunden. Mehrere geförderte Maßnahmen befassten sich deshalb damit, neue Formate und Methoden zu entwickeln. So konnten einige Angebote alle Altersklassen und Generationen erreichen und bereits etablierte Formate bereichern. Es ist gelungen, emotionale Bindungen zu Opfern herzustellen, die sonst vergessen worden wären. Durch Bilder gelangten analoge Aktionen in die sozialen Netzwerke und erhielten einen hohen Grad an Wirksamkeit.

Einige Formate sind sehr erfolgreich umgesetzt worden und inzwischen nachhaltig etabliert.

Dazu gehören zum Beispiel:

- **Lichterwege**
Durch einen Chemnitzer Verein wurde ein völlig neues Konzept zur Gedenkkultur an den Holocaust entwickelt. Lichterwege sind als Routen durch die Orte der verlegten Stolpersteine definiert. Sie werden als geführte Wege mit Begleitprogramm angeboten und erhalten eine großartige Resonanz. Inzwischen wurde das Angebot um kleine Gesprächsformate (Lichtpunkte) ergänzt.
- **Critical Walks/NSU kein Schlussstrich**



Bild: ASA FF e.V.

Gedenkwege und Aufklärungsveranstaltungen zum Thema „Wirken des NSU in Chemnitz“ und Methodenhandbücher zur Aufarbeitung von Rassismus und dem NSU haben neue Zielgruppen erreicht und tragen dazu bei, dass die Opfer nicht vergessen werden

- **Lern- und Gedenkort Kaßberg**
authentischer Ort für das Gedenken an Opfer von autoritären Systemen (Zeit des Nationalsozialismus, Entrechtung und Verfolgung von Juden, NKWD Gefängnis des Sowjetischen Geheimdienstes, Untersuchungshaft des MFS – Staatssicherheit der DDR, Häftlingsfreikauf aus der DDR von 1963 bis 1989) Lesungen, Workshops, Führungen, Zeitzeugengesprächen und die 2023 eröffnete Ausstellung tragen dazu bei, dass Geschichte authentisch und vielseitig erfahrbar bleiben kann und zur Demokratiebildung beiträgt

- Gedenkstätte Sachsenburg mit neuen Formaten, Fahrradtouren, Camps und Ausstellungen wird eines der ersten Konzentrationslager bei Chemnitz dem Vergessen entzogen und erfolgreich mit jungen Menschen das Geschehene aufgearbeitet



Foto: Inpeos e.V.



Überdurchschnittliche Nutzung von Angeboten zur Förderung von Sozialkompetenzen

Viele Maßnahmen haben zur Stärkung sozialer Kompetenzen wie Empathiefähigkeit, solidarischem Handeln, Toleranz, Teamfähigkeit, Interkulturelle Kompetenzen, Respekt, Konfliktfähigkeit und Hilfsbereitschaft beigetragen.

Dazu gehören zum Beispiel:

- Theaterpädagogische Projekte z.B. die Menschenrechte thematisieren, Fluchtbiografien bearbeiten, Perspektivwechsel ermöglichen
- Gesprächsrunden mit heterogener Zusammensetzung z. B. zwischen Jugendlichen und alten Menschen, Menschen mit und ohne Fluchterfahrung
- Stadtteilstefen bei denen Geflüchtete mit eingeladen waren und Patenschaftsprojekte mit Geflüchteten
- Aktionstage z. B. unter Organisation der queeren Community Tüdelü, CSD
- Opfersensible Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Nazis, des NSU und Opfern der DDR Diktatur
- Emotional bewegende Gedenkstättenfahrten mit Gruppen z. B. Geschichtscamp Sachsenburg, Workshops und Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz
- Künstlerische Bearbeitung gesellschaftlich relevanter Themen mit Kindern und Jugendlichen die durch Transparente z. B. zum 5.3. oder in der Frauenkirche in Dresden öffentlich sichtbar werden
- musikbegeisterte Menschen verschiedener Kulturen trafen aufeinander, musizierten gemeinsam und entwickelten feste, selbstständige Bandprojekte
- systemische Arbeit an sozialen Kompetenzen von Kindern im Übergangsbereich KITA/Grundschule. Kinder wurden befähigt, Aushandlungsprozesse demokratisch zu gestalten, Konflikte gewaltfrei zu lösen und Vielfalt selbstverständlich zu leben. Eingebunden wurden neben den Kindern, pädagogische Fachkräfte, Eltern und Studierende

Bundesweite Auswertung des Instruments lokaler Handlungskonzepte und Kooperationen



Foto: Ines Vorsatz

Der Evaluierungsbericht des BMFSFJ zur Wirkung der bundesweit geförderten Partnerschaften für Demokratie bestätigt, dass Lokale Aktionspläne und Kooperationsgemeinschaften von demokratisch engagierter Bürgerschaft und Verwaltung ein erfolgreicher Arbeitsansatz sind.

Die Evaluierung belegt folgende positive Wirkungen:

- Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe
- Stärkung von demokratischen Grundwerten
- Erhöhung persönlicher Kompetenzen, Selbstwirksamkeit
- Erhöhung des Informationsgrades über Minderheiten
- Erhöhung der Kenntnisse über historische Zusammenhänge gesellschaftlicher Entwicklungen
- Stärkung von Zivilcourage
- Stärkung der Sensibilisierung gegenüber menschenverachtenden, rassistischen, diskriminierenden Einstellungen
- Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung

Fazit der Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Kommunalen Handlungskonzeptes und des Bundesprogramms „Demokratie leben“:

Die Förderung des demokratischen Engagements mit den von der Stadt, dem Freistaat Sachsen und dem Bund geförderten Aktivitäten ist ein voller Erfolg. Mit proaktiver Primärprävention durch Förderprogramme und Fachveranstaltungen konnten viele Menschen erreicht werden. In Chemnitz haben sich verschiedene demokratiefördernde Netzwerke etabliert. Der Erfolg zeigt sich auch darin, dass die Fördermittel trotz Aufstockung nie ausgereicht haben, um den Bedarf zu decken.

Kommunen sind die „Basislager der Demokratie“, sie sind der Ort, an dem Gemeinwesen demokratisch gestaltet wird und der demokratische Teilhabe ermöglichen soll. Daraus erwachsen für die Kommune u. a. Aufgaben zur Prävention, der Unterstützung der demokratisch engagierten Bürgerschaft und der Teilhabe. Der Verwaltungsauftrag des Stadtrates wurde umgesetzt durch:

- die Ermöglichung, dass Grund- und Menschenrechte verwirklicht werden können (z.B. sichere Begegnungsräume und Plattformen)
- Angebote, die die demokratische Resilienz der Bewohnerinnen und Bewohner stärken (z.B. Förderung von Weiterbildungsangeboten)
- Ressourcenbereitstellung, um die Umsetzung demokratischer Grund- und Menschenrechte zu fördern (z.B. für Finanzierung, Beteiligung und Partizipation)

Der Lokale Aktionsplan für Demokratie, Vielfalt und ein weltoffenes Chemnitz hat sich als erfolgreiche Strategie zu Stärkung der sozial und demokratisch engagierten Gesellschaft in Chemnitz etabliert. Akteurinnen und Akteure erfahren durch die Verwaltung und in ihren Sozialräumen Anerkennung und Wertschätzung für ihre Arbeit. Die durch die Förderung geschaffenen Vernetzungsplattformen und Kooperationen stärken die regelmäßige Kommunikation, den Austausch von Erfahrungen und die positive Einstellung zu einer demokratischen, beteiligungsoffenen, solidarisch orientierten Stadtgesellschaft. Die bereitgestellten Ressourcen wurden wirtschaftlich und sparsam genutzt und haben sich an

In Gesellschaft und Verwaltung ist die Sensibilität dafür gestiegen, dass die zunehmende Verbreitung extrem rechten Gedankenguts zu einer Verfestigung rechter, demokratiefeindlicher Bewegungen geführt hat. Es hat sich jedoch gezeigt, dass lokale Initiativen diese Herausforderungen nicht allein bewältigen können, da es sich um eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung handelt. Insofern ist die Kooperation mit anderen Kommunen im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben“ eine der großen Stärken überregionaler Förderprogramme. Die beteiligten Kommunen haben die Möglichkeit, diese Herausforderungen im Rahmen von Vernetzungsformaten anzusprechen und auf politischer Ebene Unterstützung einzufordern. Die Förderperiode Bundesprogramm „Demokratie leben“ von 2020 bis 2024 wurde inzwischen abgeschlossen. Der Neustart des weiterentwickelten Bundesprogramms ist erfolgt. Der Förderzeitraum umfasst den Zeitraum von 2025 bis 2032. Chemnitz hat sich erfolgreich um die Förderung beworben und setzt damit die Förderstrategie weiterhin um.

Esche steht noch
Zerlegung und
feilen an der
Alte werden ja gebraucht

gibt es
jedem eine
Karte und noch
Mitarbeiter?

Zählen
denk aber noch
Parolen?

Korrigiert
kann man ja?

Wann
kann
große
Anzahl

man braucht
vorhergehenden
die Zahlen?

Für die Analyse aus fachlicher Sicht stehen Dokumente des Landesamtes für Verfassungsschutz und des Sachsenmonitors zur Verfügung. Aus den Dokumenten ist erkennbar, vor welchen Herausforderungen die Demokratiewerkstatt in Chemnitz steht. Extremistische Bewegungen und Parteien haben an Vielfalt und ideologiebasierten Mustern zugenommen.

Da einfache Erklärungsmuster in der Gesellschaft gut anschlussfähig sind, ist eine steigende Übernahme dieser Strategie durch weitere Protagonisten wahrnehmbar. Dies wurde insbesondere während und nach der Coronapandemie sichtbar. Medial verwertbare Vorfälle, die in das menschenverachtende Weltbild passen, werden oftmals gezielt ohne Begleitkontext veröffentlicht. Sachliche Debatten über Ursachen von Konflikten sind kaum mehr möglich, da es einigen Parteien an Interesse fehlt, sich fachlich damit auseinanderzusetzen. Gerade die Ereignisse in Chemnitz 2018 sind ein Beispiel dafür, wie mit pauschalen Urteilen, Fakes und medialer Virulenz Aufmerksamkeit generiert werden kann. Die Ereignisse prägen den Diskurs über und in der Stadt bis heute. Dies ist für die Demokratietarbeit besonders herausfordernd, weil versucht wird, Ereignisse wie 2018 in Chemnitz als eine angebliche Krise der ganzen Gesellschaftsordnung dazustellen. Dabei wird bewusst verschwiegen, dass demokratische Gesellschaften gerade über Diskurs, Konflikt und Interessendebatten zu Lösungen kommen.

17

„anschlussfähig an rechte Ideologien“ in Chemnitz zu einem Stigmatisierungsgefühl geführt hat. Das verstärkt das Gefühl „abgehängt zu sein und nicht gehört zu werden“.

Für demokratisch engagierte Menschen ist es schwierig, in dieser Debattenkultur konstruktiv und lösungsorientiert zu arbeiten. Engagierte Menschen brauchen deshalb mehr positive Zukunftsbilder, Ermunterung für Engagement und Räume für konstruktive Selbsterfahrung. Der Erfolg der Bewerbung als Kulturhauptstadt 2025 wirkt in diesem Sinne positiv auf die wichtige Selbsterfahrung, erfolgreich aktiv zu sein und etwas erreichen zu können.

In der folgenden Problemanalyse wird auf die vorliegenden staatlichen Untersuchungen verwiesen. Die mit demokratisch engagierten Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam erarbeiteten Einschätzungen werden stichpunktartig wiedergegeben.

Politisch motivierte Kriminalität in Chemnitz

Die Analyse für die Stadt Chemnitz ist im aktuellen Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz zusammengefasst. Dieser Bericht kann unter <https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/jahresberichte-4103.html> eingesehen werden.

Zur Einschätzung der aktuellen politischen Stimmungslage, Haltungen und Zustimmungen zu extremistischen Einstellungen liegt die aktuelle Fassung des „Sachsenmonitors“ unter folgender Webseite vor: <https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-5656.html>

Situationsanalyse in Auswertung des Austauschs mit demokratisch engagierten Chemnitzerinnen und Chemnitzern

Grundlagen für die Situationsanalyse sind:

- Fortschreibungen LAP bis 2018
- Thesen zur Situationsanalyse aus der Fortschreibung 2019
- Situationsanalysen im Rahmen des Fachaustauschs der AG Radikalisierungsprävention
- Ergebnisse aus den Vernetzungstreffen „Chemnitz für Menschlichkeit“
- Ergebnisse aus den Sitzungen des Begleitausschusses
- Bedarfsanalysen aus dem Fachnetzwerk „Gewalt- und Radikalisierungsprävention“
- Auswertung der Sicherheitskonferenzen KPR
- Ergebnisse der Miteinanderkonferenzen 14.09.2023, 25.01.2024, 13.06.2024
- Mayors for peace guide Strong cities
- European Coalition of Cities against Racism (ECCAR) Tools der Mitgliedsorganisationen

Zum besseren Verständnis für die Situationsanalyse werden die Thesen aus der Fortschreibung des Handlungskonzeptes von 2019 noch einmal aufgeführt. Danach folgen die Einschätzungen der demokratisch engagierten Bürgerschaft.

These zur Problemlage „NSU“ aus 2019

Der NSU hatte ein Unterstützungssystem in Chemnitz. Das dahinterliegende nationalsozialistische Gedankengut und die menschenverachtenden Einstellungen wirken bis heute nach und werden weiterhin verbreitet.

These zur Problemlage „Kontinuität extrem rechter Strukturen“ aus 2019

In Chemnitz gibt es seit Jahren eine stabile rechte und radikale Szene. Aus dieser Szene speisen sich immer neue Gruppierungen. Rechtsextremistisches Gedankengut ist verbreitet und erhält durch den aktuellen rassistischen Diskurs zu Fluchtbewegungen nach Deutschland neue Nahrung. Die Gruppierungen radikalisiert sich und treten militant auf. Die Gruppierungen sind in den sozialen Medien aktiv. Geschichtsrevisionismus und die

These zur Problemlage „Verächtlichmachung von Grundrechten“ aus 2019

In Chemnitz gibt es Initiativen, die Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte, Abwertung von Obdachlosen und Menschen mit Behinderung, Homophobie, Islamfeindlichkeit, Sexismus, Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Abwertung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, Abwertung von Sinti und Roma sowie Hasskriminalität fördern.

These zur Problemlage „Vernetzung und Reichweite extrem rechter und rechtspopulistischer Aktionisten“ aus 2019

Asylkritische, rechtspopulistische und nationalsozialistische Bewegungen sind miteinander vernetzt. Damit verfestigt sich bei einzelnen Mitgliedern asylkritischer und rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien völkisches und neonationalsozialistisches Gedankengut. Auf diesem Weg gelangen menschenverachtende Haltungen in die Mitte der Gesellschaft. Die Eskalationsspirale bewegt sich in die extremistische Richtung. Gewalt wird als legales Mittel zur Durchsetzung der rechtsextremen Weltanschauung angesehen. Damit wird ein Radikalisierungsprozess in Gang gesetzt.

Die Aussagen dieser Thesen aus der Fortschreibung von 2019 behalten Ihre Gültigkeit. Aus der Chemnitzer Bürgerschaft wurde dazu die Einschätzung gegeben:

- im Januar 2025 zeigte sich, dass es in Chemnitz immer wieder Gruppierungen gibt, extrem rechts sind sowie gegenüber Zuwanderern und Menschen die sie als nicht zugehörig abwerten, Gewalt ausüben (Revolte Chemnitz)
- die extrem rechten Gruppierungen mit hohem Gewaltpotential zeigten sich am 18.01.2025 als Teil der Gegendemonstration der als verfassungsfeindlich eingestuften Partei „Freie Sachsen“
- die Gruppierung ist als Gefährdung für demokratisch engagierte Menschen in Chemnitz einzuschätzen (Überfälle auf Personen und einen Club in Chemnitz)
- das Unterstützungsnetzwerk des NSU in Chemnitz wurde noch nicht abschließend offengelegt
- den Opfern des NSU in Chemnitz wird sich zu wenig gewidmet
- dass eine Aufarbeitung der Ursachen für rechte Gewalt noch nicht ausreichend erfolgte
- dass sich nationalsozialistisches Gedankengut und menschenverachtende Einstellungen weiterverbreitet haben und teilweise in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind
- noch nicht ausreichend aufgeklärt wurde, wie es 2018 dazu kommen konnte, dass eine Falschmeldung zum Tathergang des Todes eines jungen Menschen in den Medien zu einer weltweit beachteten Massendemonstration von extrem rechten und rechtspopulistischen Parteien, Initiativen und Hooligans sowie Bürgerinnen und Bürgern in Chemnitz führen konnte
- das Chemnitz seitdem den Ruf hat, für Rechtsextreme eine attraktive Stadt zu sein
- es Schwierigkeiten gibt, das gute Engagement für Demokratie sichtbar zu machen (Wir sind mehr Konzert, Demokratieprojekte)
- demokratiefeindliche Menschen demokratische Strukturen mit dem Ziel nutzen, die Demokratie abzuschaffen
- extrem rechte und demokratiefeindliche Demonstrationen, rechte Raumübernahmen, Hass und Hetze in den sozialen Medien angestiegen sind
- extrem rechtes, menschenverachtendes und demokratiefeindliches Gedankengut viel zu oft unwidersprochen verbreitet wird und es zur Normalisierung und Gewöhnung kommen könnte
- die gewaltbereite radikale Szene wächst (Kampfsportszene)
- die Radikalisierung der extrem rechten und demokratiefeindlichen Bewegungen fortschreitet

- in den sozialen Medien weiterhin Hass und Hetze vor allem gegen Geflüchtete und nicht ins Weltbild passende Menschen verbreitet wird
- zunehmend Geschäftsmodelle entwickelt werden, um mit Empörungstourismus, Eskalationsstrategien, sogenannten Fanartikeln und Immobilien Geld zu verdienen (Protest Management, Radikalisierungsmonetarismus), rechte Strukturen weiter aufzubauen und strukturell zu verstärken
- Hass, Extremismus und Polarisierung soziale Herausforderungen sind, die den sozialen Zusammenhalt untergraben
- Gefühle der Nicht-Zugehörigkeit, eine insgesamt wachsende Kluft zwischen den verschiedenen Gemeinschaften einer Stadt oft hass- oder vorurteilsmotiviert sind

Thesen zur Problemlage „Gewalt“ aus 2019

Gewalt tritt überall auf, in allen Bevölkerungsschichten und sozialen Räumen. Gewalt wird medial überproportional dargestellt (Einzelfall als Regelfall). Gewalt wird durch eine Verhöhnung d. Sprache gefördert. Zustimmung zu Diskriminierung fördert Gewalt im Alltag. Es gibt für Engagierte ein Spannungsfeld zwischen Engagement und Angst in den Fokus von Gewalt zu geraten (Flüchtlingshelfer und betreuendes Personal) Das trifft auch für Engagierte im Themenfeld LSBTQI zu. Täglicher Umgang mit schwieriger Klientel birgt die Gefahr einer Abstumpfung. Es fehlt eine positive Erfahrungskultur. Hilfs- und Informationsangebote sind für Betreuende und Klientel zu wenig vorhanden.*

Die Aussagen dieser These aus der Fortschreibung von 2019 behalten ihre Gültigkeit. Aus der Chemnitzer Bürgerschaft wurden dazu folgende Einschätzungen gegeben:

In der Arbeitsgruppe zum Thema Gewalt wurde sich darauf verständigt, die Gewaltdefinition nach Johan Galtung zu verwenden.

Zitat

DIREKTE GEWALT:

Wird von einem/einer Akteur/in unmittelbar ausgeübt. Diese Gewalt ist sichtbar und von physischer oder psychischer Natur. Es gibt eine/einen Täter/in und ein Opfer. Die direkte Gewalt ist das, was normalerweise als Gewalt verstanden wird (Folter, Mord, physischer oder psychischer Missbrauch, Demütigung, Diskriminierung, Mobbing,...)

STRUKTURELLE GEWALT:

Diese Art von Gewalt ist ähnlich zur sozialen Ungerechtigkeit und den Strukturen, die diese soziale Ungerechtigkeit fördern. Sie ist eine eher unsichtbare Gewalt, die von den Strukturen gebildet wird, die die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse verhindern. Sie äußert sich meist indirekt und hat keine unmittelbar sichtbaren Verursacher. Sie liegt nach Galtung immer dann vor, wenn Menschen so beeinflusst werden, dass sie sich nicht so verwirklichen können, wie dies eigentlich potentiell möglich wäre (Apartheid, Rassentrennungsgesetze, Gesetzliche Bestimmungen zur Unterwerfung der Zivilbevölkerung, in Form von ungerechten Sozialverhältnissen, ungleicher Zugang zu Bildung/Ausbildung, entwürdigende Wohnverhältnisse, Armut,...)

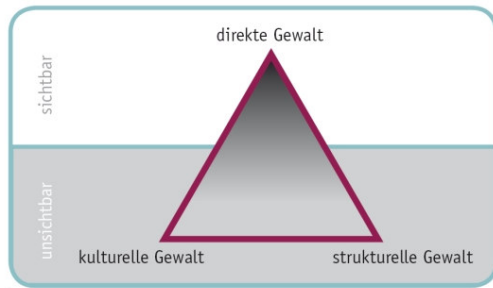
KULTURELLE ODER SYMBOLISCHE GEWALT:

Aspekte einer Gesellschaftskultur, die die Verwendung von direkter oder struktureller Gewalt legitimiert. Die kulturelle und die symbolische Gewalt zeigen sich häufig in Einstellungen und Vorurteilen (Rassismus, Sexismus, Faschismus, Islamophobie,...).

Die unsichtbare Ebene bezeichnet den Umstand, dass bei der strukturellen und kulturellen Gewalt niemand in Erscheinung tritt, den man verantwortlichen machen könnte. Die strukturelle Gewalt ist in das System eingebaut und äußert sich in ungleichen Machtverhältnissen und folglich in ungleichen Lebenschancen. Alle drei Arten von Gewalt

sind voneinander abhängig. Um eine zu verhindern, muss man sich auch mit den andern beiden beschäftigen und diese bei Aktionen adressieren.

Das Dreieck der Gewalt Galtung 1993



Auszüge Handbuch Gewaltprävention, Günther Gugel, Institut für Friedenspädagogik 2008

Gewalt ist Ausdruck von Konflikten, die in einer Gesellschaft vorhanden sind. Der LAP soll ein Instrument sein, um Maßnahmen zu fördern, die dazu beitragen Konflikte lösungsorientiert zu bearbeiten.

Orientierung geben dabei die Handlungsempfehlungen von Kurt Faller, Wissenschafts-Praxismeeting in Marburg 4. und 5. März 2024 zu demokratischer Resilienz und gesellschaftlichem Zusammenhalt durch kommunales Konfliktmanagement:

- Kommunales Handeln wird von globalen Spannungsfeldern beeinflusst
- es gibt keine Veränderungen ohne Konflikte und Krisen
- Konflikte fordern Aufmerksamkeit und Bearbeitung, da sie sonst als Krise den Zusammenhalt vor Ort gefährden

Kommunen sind soziale Orte, an denen gesellschafts- und öffentlichkeitsbezogene Konflikte unmittelbare Auswirkungen haben

Darstellung der Dynamik von Eskalationen an Hand des Modells „Karussell der Empörung“ von Kurt Faller

Sache	Stufe 1 Anlass vor Ort
	Stufe 2 Öffentliche Debatten
	Stufe 3 Bildung von Gruppen, Proteste
Ideologie	Stufe 4 Infragestellen der Integrität der Verantwortlichen und der Verfahren, Suche nach Verbündeten; "Der Feind meines Feindes ist mein Freund"
	Stufe 5 Überregionale Mobilisierung, Skandalisieren, Verschwörungstheorien
	Stufe 6 Gezielte Provokationen und Grenzüberschreitungen
Gewalt	Stufe 7 Bildung von militanten Gruppen, Anschläge
	Stufe 8 Rechter Terror
	Stufe 9 Bürgerkrieg

Ergebnisse aus den Arbeitstreffen:

- Gewalt hat immer ein Motiv
- Gewalt ist ein Mittel, um ein Bedürfnis zu erfüllen
- die Ausübung von Gewalt verleiht Gefühle von Macht und Kontrolle
- Gewalt betrifft alle Altersgruppen und ist moralisch aufgeladen
- Gewalt weist immer auf ein vorhandenes Gefälle von Machtverhältnissen hin

- Jugendliche erfahren zu viel Ausgrenzung/Begrenzung, zu wenig Förderung und Freiräume für die Entwicklung in ihren Aktivitätsmöglichkeiten und geraten dadurch in Konflikte
- Ausgrenzung von Jugendlichen ist ein Risikofaktor für Gewalt
- Adultismus, als natürlicher Abgrenzungsprozess von Kindern und Jugendlichen geht einher mit der Herabsetzung von Kindern durch Erwachsene aufgrund ihres Alters, dadurch entstehen Konflikte
- mangelnde Zugehörigkeit oder Gefühle der Ausgrenzung oder Ungerechtigkeit machen anfällig für Hass und extremistische Narrative, sie docken an bestehende Spannungen an oder erzeugen neue interkommunale Spannungen, die sich in Gewalt äußern können
- viele Menschen haben Privilegien und können ohne Hindernisse Teilhabe leben, sie wissen das aber nicht zu schätzen und unterstützen Benachteiligte zu wenig
- durch die überproportionale Ausrichtung der Medien auf Gewalttaten, Extremismus und Hass entstehen Gefühle von Angst, Ohnmacht und Bedrohungsszenarien
- Menschen mit Beeinträchtigungen werden zu wenig als Teil der Gesellschaft akzeptiert und erfahren Abwertung und Diskriminierung
- Gruppen differenzieren sich immer individualistischer aus, um sich abzugrenzen und sind nicht mehr in der Lage, gemeinsame Ziele zu finden
- der Soziale Zusammenhalt ist durch die zunehmende Generierung von Feindbildern („Die Anderen“, „Die da Oben“) gefährdet
- Menschenrechte sind immer noch zu wenig geschützt
- Geschlechtersensibles Handeln wird zunehmend als „Genderdiktatur“ diffamiert und damit verhindert, dass Chancengleichheit zum Selbstverständnis wird
- Ressourcen für Präventionsmaßnahmen fehlen, um Extremismus und Polarisierung multidisziplinär und gesamtgesellschaftlich abzubauen
- es braucht klare Definitionen für Phänomene von Radikalisierung, Extremismus, Terrorismus und die Hinzuziehung von Wissenschaft für Ursachen und Ansätze zur Prävention
- es fehlt eine Wertesensible Haltung der Stadt um Gleichstellung, Vielfalt, Inklusion, Gleichberechtigung und Offenheit gegenüber repressiver Abwertung zu verteidigen
- Empathie- und Kompetenzförderung wird vernachlässigt, obwohl diese Fähigkeiten die Grundlagen für gesellschaftlichen Zusammenhalt bilden
- es gibt zu wenig Sensibilität gegenüber mehrfach z.B. wegen Geschlecht+Fluchtbiografie+Behinderung diskriminierten Menschen (Intersektionalität), weil viele Menschen sich diesen Umfang von Diskriminierung nicht vorstellen können, dadurch kommt es zu Konflikten
- es gibt Menschen in Chemnitz, die ihre Lebenskulturen nicht offen nach Außen zeigen, weil sie vor rechter Gewalt Angst haben
- im Bereich Fußball sind Gruppen und Hooligans aktiv, die Gewalt insbesondere auf Menschen ausüben, die sie abwerten wollen

Thesen zur Problemlage „Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ aus 2019

Es gibt in Chemnitz Bevölkerungsschichten, die empfänglich sind für rechtspopulistische Mobilisierungsstrategien, ohne selbst über ein verfestigtes rechtsextremes Weltbild zu verfügen. Rechtspopulistische Bewegungen suggerieren, dass durch ein Angebot einfacher Weltbilder (gut/böse; innen/außen; wir/fremd, unten/oben) für Sicherheit, Orientierung und scheinbare Lösungen komplexer Probleme gesorgt werden kann. Der durch die Bevölkerung gewünschte Zusammenhalt der Gesellschaft wird durch rechtspopulistische Bewegungen zerstört. Diese setzen einen Kreislauf von Ausgrenzung, Abwertung und Eskalation in Gang, der Gewalt fördert. Die Nutzung der Medien beschränkt sich darauf, um Empörungswellen in der Bevölkerung zu erzeugen und diese für ideologische Zwecke zu missbrauchen.

Die Aussagen dieser These aus der Fortschreibung von 2019 behalten Ihre Gültigkeit. Aus der Chemnitzer Bürgerschaft wurden dazu folgende Einschätzungen gegeben:

Ergänzend kommt hinzu, dass Menschen mit fehlender Resilienz gegenüber gesellschaftlichem Wandel stark verunsichert sein können. Sie haben durch Auswirkungen verschiedener globaler Krisen kaum Ressourcen, mit gesellschaftlichen Veränderungen positiv umzugehen. Das kann dazu führen, dass bei Begegnung mit ethnischer Vielfalt und Heterogenität mehr Ängste entwickelt werden. Extrem rechte Parteien und Bewegungen sowie asylkritische, rechtspopulistische aktionistische Parteien und Bewegungen analysieren und nutzen diese Ängste sehr genau. Kampagnen gegen Minderheiten und das Schüren von Hass unter Benutzung von Triggerbegriffen zur Schürung weiterer Ängste und Ablehnung von Diversität der Gesellschaft docken daran erfolgreich an.

Thesen zur Problemlage „positive lokale Identität in Europa entwickeln“

Eine positiv empfundene lokale Identität mit Chemnitz trägt dazu bei, dass Personen ein starkes normatives Gleichwertigkeitsempfinden aufweisen und sich auf lokaler Ebene mehr beteiligen. Den „Identitätslosen“ muss eine besondere Aufmerksamkeit zuteilwerden, da diese Gruppe als besonders anfällig für Ungleichwertigkeitsvorstellungen gegenüber anderen Menschen gilt und nicht so richtig weiß, wie sie sich sowohl gesellschaftlich als auch politisch einbringen kann, gleichwohl der Wunsch danach besteht. Ein positives Bild zu Europa und ein europäisches Zugehörigkeitsempfinden müssen gefördert werden, da diese Identifikation mit einem hohen Maß an Weltoffenheit und Reflexionsvermögen einhergehen. Kindern und Jugendlichen muss vermittelt werden, dass eine positive nationale Zugehörigkeit zu Deutschland legitim ist, jedoch nicht automatisch mit der Abwertung anderer und der Betonung einer autochthonen Gruppe einhergehen darf.

Die Aussagen dieser These aus der Fortschreibung von 2019 behalten Ihre Gültigkeit. Befragungsergebnisse der Schülerbefragung „Prävention im Team“ des Freistaates Sachsen (Stand 2022/2023) unterstützen den diesbezüglichen Handlungsbedarf. Dazu kommen die aktuellen Lageeinschätzungen des Bundeskriminalamtes und der Verfassungsschutzbehörden, die bei jungen Menschen einen Anstieg von Gewalt und Radikalisierung feststellen. Schwerpunkt ist hier der Bereich Rechtsextremismus (siehe Verfassungsschutzbericht des Freistaates Sachsen für das Jahr 2024)

Zusätzlich wird aus der Chemnitzer Bürgerschaft dazu folgende Einschätzungen gegeben:

- attraktive Entwicklungsmöglichkeiten, um junge und engagierte Menschen in der Stadt zu halten, sind kaum bekannt
- vielen Jugendlichen fällt es schwer, mit der Stadt Chemnitz ein positives Image zu verbinden
- es gelingt zu wenig, positive Ressourcen der Stadt in die Öffentlichkeit zu bringen
- ein positives Bild von Europa ist nicht ausreichend ausgeprägt
- positive Begegnungserfahrungen zur Stärkung von mehr Weltoffenheit sind auf Grund der Reiseeinschränkungen durch die Coronapandemie weniger möglich gewesen
- die Coronakrise hat nachweisbar zu mehr psychischen Belastungen der Chemnitzer Kinder- und Jugendlichen geführt
- soziale Kompetenzen konnten in pandemischen Zeiten durch fehlende soziale Kontakte nicht so entwickelt werden, wie es für die Bewältigung immer neuer Krisen erforderlich gewesen wäre
- Depressionen und selbstabwertende Gedanken haben zugenommen
- die heterogene Zusammensetzung der Klassen und die ungeplante Belegung von Schulen mit Kindern aus verschiedenen globalen Krisengebieten und Kulturregionen bringt eine zu wenig auf gesellschaftliche Diversität vorbereitete Schullandschaft an ihre pädagogischen Grenzen, es kommt zu Konflikten, erhöhter u.a. rassistischer Gewalt und mehr strafbaren Delikten

- ein hoher Teil der Kinder und Jugendlichen geben an, dass ihre Eltern abweichendes Sozialverhalten tolerieren
- die Bindung an Schule, Wohnort und Sozialräume hat durch hohe Fluktuation nachgelassen, dadurch ist es schwieriger eine lokale Identität zu entwickeln (84% der Befragten)
- nur 1/3 der Schülerinnen und Schüler geben an, dass sie in der Schule Anerkennung für Mitwirkung erfahren
- Einstellungen gegenüber Zugewanderten sind zum Teil abwertend; Kinder tragen menschenverachtende/ vorurteilsbasierte Einstellungen u. a. auch aus den Elternhäusern in die Schulen und tragen als Stellvertreter und Stellvertreterinnen z.B. rassistische oder queerfeindliche Konflikte aus.
- es gibt eine starke Wahrnehmung, dass es an Gelegenheiten zur prosozialen Mitwirkung in der Nachbarschaft oder Wohngegend oder Schule fehlt
- es fehlt das Wissen, wo junge Menschen mit ihren Bedürfnissen andocken können
- die heterogene Nutzung sozialer Medien erschwert den Zugang zu jungen Menschen und damit zu Möglichkeiten der Information über Beteiligungsangebote (z. B. Bürgerplattformen, Jugendclubs)
- Festivals für junge Menschen fehlen als lokaler Bindungsfaktor (Kosmos)

Schlussfolgerungen für die Bedarfsermittlung



Foto: F. Strugmann

Aus der Situationsanalyse wird ersichtlich, dass es weiterhin erforderlich ist, Maßnahmen zu fördern, die das demokratische Gemeinwesen in Chemnitz stärken

Das aktualisierte Lagebild zeigt deutlich, dass rechtspopulistische und extrem rechte Bewegungen ihre Ressourcen gezielt dafür einsetzen, dass der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft untergraben wird. Kurzfristige Zielstellung dieser Demokratiefeinde ist es, das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie zu schwächen. Langfristig wird daran gearbeitet, eine autoritäre Gesellschaftsordnung zu etablieren. Wieder soll definiert werden, wer zu dieser Gesellschaft dazugehört und wer nicht. Die Konferenz in Potsdam vom November 2023 bestätigte deutlich, wie weit diese Vorstellungen bereits gediehen sind.

Immer stärker wird deutlich, dass es sozialen Medien und Netzwerke gibt, die die Zielsetzung verfolgen, unsere demokratische Gesellschaft zu erodieren. Auch wenn Hass und Hetze von vielen Menschen abgelehnt werden, bleibt es eine dauerhafte Aufgabe, Minderheiten vor Diskriminierung zu schützen.

Die nachfolgenden Proteste der demokratisch engagierten Bürgerinnen und Bürger im Januar 2024 zeigten aber auch, dass Demokratie in Deutschland stark verankert ist. Auch in Chemnitz gibt es viele Aktive, die es wertschätzen, dass durch die Stadtverwaltung Maßnahmen zur Demokratieförderung unterstützt werden. Diese Menschen erwarten, dass humanistische Werte auch in Zukunft das Leitbild der Stadt prägen.

Die im Beteiligungsprozess erarbeitete Lageanalyse bestätigen die nach wie vor bestehenden Bedarfe. Hier wurde noch einmal deutlich, dass mehr in die soziale Kompetenzbildung von Kindern und Jugendlichen investiert werden muss. Schwerpunkt der Förderstrategie bleibt deshalb die Stärkung der Kompetenzen der Zielgruppe Kinder und Jugendliche.

Für die Verarbeitung globale und gesellschaftlicher Veränderungen stehen jungen Menschen kaum Ressourcen und Bewältigungsstrategien zur Verfügung. Ängste, die in den Familien

ankommen, werden durch medial erzeugtes Empörungsmarketing verstärkt. Wertevermittelnde Resonanzräume für Beziehungsaufbau, Vertrauen, Bindung können durch fehlenden Haushaltsmittel kaum noch finanziert werden. Kinder und Jugendliche werden zunehmend mit aggressionsauslösenden Reizen konfrontiert. Extremistische und Autokratische Bewegungen und Parteien werden anschlussfähig und attraktiv, weil sie an adoleszente Verhaltensweisen gut anschlussfähig sind und medial eine hohe Reichweite haben. In zukünftigen Projektausschreibungen soll konkreter auf diese Bedarfe eingegangen werden.

Des Weiteren wird deutlich, dass es im öffentlichen Raum Bestrebungen von Gruppen aus der extrem rechten Szene gibt, die mit Gewalt Dominanz zu erzeugen wollen. Deshalb ist es sinnvolle Maßnahmen zur Gewaltprävention in öffentlichen Räumen und von Freizeitangeboten zu vernetzen. Zugänge von Jugendlichen in Problemsituationen zu Angeboten brauchen Stabilität.

Erfolgreiche Strategien zur Vorbeugung von Jugendgewalt brauchen auch die Kombination präventiver Maßnahmen mit angemessenen Interventions- und Ordnungsmaßnahmen. Sozialpolitische Maßnahmen können auch gewaltpräventiv wirken, wenn zum Beispiel die sozialen Kompetenzen von Jugendlichen dadurch gestärkt werden. Dies kann in der direkten Arbeit mit Jugendlichen oder indirekt über bestimmte Settings wie (z. B. Jugendgruppe, Familie und Schule) erfolgen.

Gleichzeitig können Maßnahmen zur Verbesserung von strukturellen Rahmenbedingungen – Wohnumfeld und Quartier, Förderung des Berufseinstiegs und der Integration – einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention leisten. So gesehen wirkt gezielte und effektive Integrations- oder Bildungspolitik immer auch kriminalpräventiv. Ein Mehrebenen-Ansatz verhaltens- und verhältnispräventiver Maßnahmen mit allen beteiligten direkten und indirekten Zielgruppen ist zudem aktueller präventionswissenschaftlicher Standard.

Die kommunale Fortschreibung der kommunalen Handlungsstrategie nimmt auf die aktualisierten Bedarfe Bezug und bindet die Erkenntnisse aus den Beteiligungskonferenzen ein.

4. Fortschreibung der kommunalen Handlungsstrategie

Im Ergebnis der Beteiligungsveranstaltungen der Jahre 2019 bis 2025 wurden durch die demokratisch engagierte Bürgerschaft zahlreiche Bedarfe benannt. Sie wurden berücksichtigt und eingearbeitet. Die 2019 erarbeiteten Thesen zu Problemlagen wurden überprüft und um die Einschätzungen der demokratisch engagierten Bürgerschaft ergänzt. Die Thesen und Einschätzungen sind Grundlage für die Bedarfsermittlung und begründen die Zielstellungen des Handlungskonzeptes. Die Bedarfe wurden unter themenübergreifenden Handlungsfeldern zusammengefasst.

Im Rahmen einer Zukunftswerkstatt wurden auf der Grundlage der Bedarfsanalyse Visionen und Ziele definiert. Handlungsbedarfe, Handlungsfelder und Ziele werden unter den folgenden Punkten ausführlich beschrieben. Das übergeordnete Ziel des kommunalen Handlungskonzeptes zur Demokratieförderung ist die Förderung des friedlichen Zusammenlebens auf Basis demokratischer Werte.

Durch die an der Fortschreibung Beteiligten wurde für die Umsetzung der kommunalen Handlungsstrategie zur Demokratieförderung folgendes Leitziel definiert:

Leitziel

Chemnitzinnen und Chemnitzer zeigen Haltung und unterstützen das Selbstverständnis einer inklusiven, respektvoll und demokratisch handelnden Stadtgesellschaft

Daraus ergibt sich, dass Solidarität, Toleranz, gegenseitiges Verständnis und Respekt von Diversität als Gegengewicht zu allen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (z.B.: Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, etc.) gestärkt werden müssen.

Dafür ist es erforderlich:



aktive Bürgerbeteiligung, demokratisches Engagement und Eintreten für Vielfalt zu fördern



als Stadtverwaltung mit einer Vielzahl von Netzwerken, Vereinen, Institutionen und aktiven Privatpersonen zusammenzuarbeiten



Gemeinsam Strategien für ein respektvolles Miteinander und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und antidemokratische Strömungen zu entwickeln

Folgende Bedarfe aus der ECCAR Mitgliedschaft wurden in das jeweilige Handlungsfeld eingefügt, weil sie Bestandteil des kommunalen Handlungskonzeptes zur Demokratieförderung sind:

Förderung der kulturellen Vielfalt

Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen

Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen

Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus

Rassistischer Gewalt entgegenwirken und Konfliktmanagement

Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung

Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung

- Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger

Spezifische Handlungsfelder, Handlungsbedarfe und Zielstellungen (Auswahl):

Handlungsfeld Vernetzung und Beteiligung

Wie gut kooperieren Engagierte? Ist die Kommunikation wertschätzend und auf Augenhöhe? Sind Vernetzungsangebote bekannt?

Bedarfe im Handlungsfeld Vernetzung und Beteiligung

demokratisch engagierte Bürgerschaft und Verwaltung soll besser vernetzt sein und wertschätzend zusammenarbeiten

es werden mehr Vernetzungstreffen von demokratisch engagierten Menschen, Politik, Forschung und Verwaltung gebraucht, in denen sich zum Lagebild ausgetauscht wird

es besteht der Bedarf, aller 5 Jahre das kommunale Strategiekonzept zur Demokratieförderung unter Beteiligung aller Akteurinnen und Akteure aus der demokratisch engagierten Bürgerschaft, Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft fortzuschreiben (Lokaler Aktionsplan für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz)

- das Strategiepapier soll eine ausführliche Situationsbeschreibung enthalten und durchgeführte Maßnahmen dokumentieren
- im Beteiligungsprozess entwickelte Ziele und Indikatoren sollen aufgenommen und die Wirkung durchgeführter Maßnahmen reflektiert werden

die Stadtverwaltung soll mit den vorhandenen Beratungsträgern für Opfer von Rassismus und Diskriminierung (RAA Opferberatung) und dem Antidiskriminierungsbüro (AdB Chemnitz) kooperieren und diese in die bestehenden Vernetzungsformate einbinden (AG Radikalisierungsprävention)

Bessere Vernetzung von Aktivitäten und Initiativen für einen notwendigen Erfahrungsaustausch und den Abbau von Vorurteilen soll strukturelle unterstützt werden

Vernetzungs- sowie Beratungsangebote und Unterstützungsleistungen für von Diskriminierung oder Gewalt betroffene Menschen müssen bekannter werden

„Miteinander gemeinsam gestalten“ heißt tatsächlich, dass Angebote zur Teilhabe inklusiv sind und barrierefreier Zugang ermöglicht wird, sich Beteiligte als selbstwirksam und respektiert erleben

Schulen mit dem Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sollen besser vernetzt und in die Umsetzung der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus (Einbeziehung Vernetzungsstelle NDC Chemnitz, Schülervertretungen der Schulen in Chemnitz, Schulleiter/-innen) eingebunden werden

Ein unkomplizierter „Demokratie-Stammtisch“ zur Vernetzung soll regelmäßig angeboten werden und den Wissensaustausch der verschiedenen Projekte ermöglichen

Mittlerziele im Handlungsfeld Vernetzung und Beteiligung

- **Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteursgruppen aus der demokratisch engagierten Bürgerschaft, Ämternetzwerken, der Wirtschaft und der Bildung ist gewährleistet**
- **Alle Zielgruppen sind erreicht und mit geeigneter, nichtdiskriminierender Ansprache zu Beteiligungsformaten und Vernetzungstreffen eingeladen**
- **Angebote für demokratiefördernde Vernetzungs- und Beteiligungsformate sind zielgruppengerecht gestaltet**
- **Behörden und Zivilgesellschaft sind vernetzt und arbeiten wertschätzend und rollensensibel zusammen**

Durch die an der Fortschreibung Beteiligten wurden zu diesen Zielen folgende Maßnahmen vorgeschlagen (Beispiele):

- *das Bewusstsein für Eigenverantwortung stärken durch Anerkennung, gegenseitigen Respekt und gemeinsame Feedbackrunden, Resonanzräume schaffen*
- *Professionelle Formate schaffen, die Netzwerken zum Erlebnis machen wie z.B. Miteinanderkonferenzen, Dialogbasare, Open Space Formate*
- *Checklisten erarbeiten und verbreiten, welchen Bedarf Zielgruppen haben z.B. um inklusiv und divers zu arbeiten*
- *Aktive der demokratisch engagierten Bürgerschaft tauschen ihre Ideen untereinander aus und handeln solidarisch*
- *Netzwerke, Projekte und Strukturen erhalten und verantwortungsvoll nutzen in Form von Netzwerkkonferenzen, dezentralen Dialogformaten*
- *Ergebnisse der Arbeit besser sichtbar machen durch Erzählen, Artikel schreiben, soziale Medien füllen, Kooperations- und Vernetzungsformate aktiver bewerben*
- *Traumräume entwickeln, in denen Menschen Zukunftsvisionen diskutieren können*
- *es soll Miteinanderkonferenzen für Kinder geben, die inklusiv und divers sind*

Handlungsfeld

Unterstützung von demokratisch engagierter Bürgerschaft

Wie gut geschützt und sicher fühlt sich demokratisch engagierte Bürgerschaft ? Reichen die Ressourcen aus, um Maßnahmen bedarfsgerecht umzusetzen?

Bedarfe im Handlungsfeld

Unterstützung von demokratisch engagierter Bürgerschaft

demokratisch engagierte Bürgerschaft braucht mehr Unterstützung, um bei der Öffentlichkeitsarbeit sichtbarer zu sein

Interesse an Politik und demokratischem Engagement soll kreativ geweckt werden , z.B. durch Einladungen zu Veranstaltungen oder niedrigschwellige Angebote, Mitmachkultur soll neu belebt werden

die Einbindung von Kindern und Jugendlichen soll gestärkt werden z. B. durch direkte Ansprache z. B. im Sportverein, Stärkung außerschulischer Mittel

Über den StadtSportbund Chemnitz (SSBC) soll mehr an die auf die Sportvereine in Chemnitz zugegangen werden, Sport verbindet viele Menschen unterschiedlichster Herkunft – Bewusstsein dafür muss wieder gestärkt werden, Fairplay und Respekt stärken

Demokratie heißt, Freiheit stärken: demokratisch engagierter Bürgerschaft braucht Räume, um ohne Bedrohung von antidemokratischen Aktionistinnen und Aktionisten eigene Wege gehen zu können

Sichtbarmachung v. Projekten und Initiativen, die für menschenrechtsorientierte gute Unterstützung und Schutz der Menschen stehen

Politik sollte sich aktiver dafür einsetzen, dass ein starkes Netzwerk von Aktiven entsteht, welches Demokratie und Toleranz aktiv fördert und unterstützt.

Politik sollte dazu beitragen, demokratisch engagierte Bürgerschaft und behördliches Potential zur Prävention von Rassismus/ menschenverachtenden Einstellungen in der gesamten Bevölkerung und Rechtsextremismus zu bündeln, effiziente Strukturen zu ermöglichen und Kooperation auf Augenhöhe als Selbstverständnis zu betrachten

Politik soll einer gesellschaftlichen Spaltung entgegen wirken und den sozialen Zusammenhalt stärken

Politik und Verwaltung sollen echte Beteiligung fördern, Bedürfnisse und Ängste der Menschen ernstnehmen

- auch Menschen, die schwach in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden sind, brauchen Ansprache, wollen gehört und gesehen werden, wollen angesprochen sein und Selbstwirksamkeit erleben

Verwaltung sollte eine klare Haltung zeigen, welche Werte sie vertritt: Freiheit, Toleranz und Solidarität

Verwaltung sollte ein klares Profil haben und ein gutes Klima für wirtschaftliche Investitionen schaffen, welches Studierende und Unternehmen anzieht

an Schnittstellen zwischen Schule, Projekten, Eltern, Schülerinnen und Schülern braucht es verbindende Strukturen, um Beziehungen und Vertrauen herzustellen

Mittlerziele im Handlungsfeld

Unterstützung von demokratisch engagierter Bürgerschaft

- **Demokratisches Engagement von Verwaltung und demokratisch engagierter Bürgerschaft in Chemnitz ist sichtbar**
- **Die Nachhaltigkeit von demokratiefördernden Maßnahmen ist durch langjährige Finanzierungsperspektiven gesichert**
- **Digitale, öffentliche, barrierearme und sichere Räume stehen zur Nutzung für demokratische Initiativen zur Verfügung**
- **Materielle und finanzielle Ressourcen für die Demokratietarbeit stehen zur Verfügung**
- **der niedrigschwellige Zugang zu Fördermöglichkeiten ist gewährleistet**

Durch an der Fortschreibung Beteiligten wurden zu diesen Zielen folgende Maßnahmen vorgeschlagen (Beispiele)

- Die Stadtverwaltung Chemnitz soll weiterhin finanzielle Mittel bereitstellen, um demokratisch engagierter Bürgerschaft dabei zu unterstützen, Rassismus offen anzusprechen und zu thematisieren (80.000,00 € jährlich)
- Die Stadtverwaltung soll weiterhin Präventionsangebote zur Vermeidung von Rassismus und Diskriminierung sowie Gewalt durch die Bereitstellung von Fördermitteln unterstützen (Förderrichtlinie LAP) und bei der Öffentlichkeitsarbeit (Datenbank Prävention Chemnitz)
- Anbieter von Präventionsangeboten für Tätige in Bildung und Erziehung sollen weiterhin durch die Stadtverwaltung aktiv bei der Vermittlung von Kooperationspartnern unterstützt werden (Geschäftsstelle KPR, Fachnetzwerk Gewalt- und Radikalisierungsprävention)
- für ältere Menschen sollen Formate entwickelt werden, die die Erfahrungen und Expertise gut aufnehmen und Engagement fördern
- es sollte mehr Veranstaltungen im öffentlichen Raum geben, um Menschen miteinander zu verbinden und positive Erfahrungen zu verstärken
- Einwohnerinnen und Einwohner besser informieren über das Positive, was in Chemnitz geschaffen wird und gelingt

Handlungsfeld politische Bildung

Sind Angebote zur Demokratiebildung ausreichend vorhanden? Werden die Angebote zielgruppengerecht gestaltet? Wie gehen wir mit Vorurteilen und Rassismus um?

Bedarfe im Handlungsfeld politische Bildung

Vernetzungs- und Bildungsformate, sowie Demokratiekonferenzen sollen genutzt werden, um Bürgerinnen und Bürger im Themenfeld Rassismus und weiterer vorurteilsbasierter Einstellungen zu sensibilisieren

die Chancen und Vorteile einer friedlichen Europäischen Gemeinschaft, in der unterschiedlichste Menschen und Kulturen gleichberechtigt miteinander leben können, sollen mehr thematisiert werden

es fehlen politische Bildungsmöglichkeiten, die an die Bedürfnisse diverser Zielgruppen angepasst sind

es fehlt an Angeboten, die die Umdeutung von Begriffen durch nicht demokratische Akteure thematisieren und Strategien demokratiefeindlicher Bewegungen offenlegen

es fehlt an niedrigschwelliger Bildungsarbeit im öffentlichen Raum

Politische Bildungsangebote sollen niedrigschwellig sein und barrierefreie Zugänge haben

Verwaltungsbehörden sollen mehr in politische Bildungsarbeit investieren, z. B. um Vorurteile abzubauen

neue positive Geschichten sollen mehr erzählt werden, um repressiver Abwertung der Leistung der Menschen in Chemnitz durch rechtspopulistische und extrem rechten Bewegungen entgegenzuwirken (Kulturhauptstadt gewonnen, großartige Industrie und Kultur), dafür sollen kompetente Menschen gewonnen werden

die Sensibilität und Aufmerksamkeit für die negativen Auswirkungen undemokratischer Prozesse soll durch politische Bildung gestärkt werden

Gedenk- und Erinnerungskultur soll immer im Zusammenhang mit den Ursachen von Krieg, Verfolgung Andersdenkender und verfolgter Gruppen gedacht werden

es ist eine umfassendere Sensibilisierung zu Diskriminierung erforderlich

es sollte Reflexionsräume für Erfahrungen und Orte für Diskurse geben, die vor Anfeindungen antidemokratischer Bewegungen geschützt sind z.B. Begegnungsorte für Bildungsreisen, Bibliothek der Dinge (international für Lösungen, Erfahrungen)

es werden mehr Angebote zur politischen Bildung für Erwachsene benötigt

die Themen Kolonialismus und Neokolonialismus sollen verstärkt in den Fokus genommen werden

es werden bessere Begegnungsformate gebraucht, um die Bereicherung durch Diversität als positive Ressource erlebbar zu machen, insbesondere in den Randstadtteilen, die nicht divers sind

Darstellung von Diversität reicht nicht aus, es werden geeignet Vermittlungsformate gebraucht (best practices)

Aufklärung über sexualisierte Gewalt soll Bestandteil demokratischer Bildung sein

in Fortbildungen soll über extreme Rechte und deren Strategien informiert und für die negativen Auswirkungen auf die Demokratie sensibilisiert werden

Mittlerziele im Handlungsfeld politische Bildung

- **Behörden und Initiativen wirken der Gefahr vorurteilsgeleiteten Agieren entgegen und verfügen über Kenntnisse von Betroffenenperspektiven**
- **Im Austausch verschiedener Perspektiven und durch Begegnungsformate werden Vorurteile abgebaut bzw. Vorurteilsbildung entgegengewirkt**
- **Angebote zur Demokratiebildung sind vorhanden und bekannt**
- **Angebote zur demokratiebildenden Medienkompetenz sind vorhanden und bekannt**

Durch die an der Fortschreibung Beteiligten wurden zu diesen Zielen folgende Maßnahmen vorgeschlagen (Beispiele):

- Fortbildungsangebote zur Förderung von Zivilcourage und solidarischer Aktivitäten im Umgang mit neonazistischem, rassistischem und diskriminierendem Auftreten
- die rassismuskritische Perspektive in der Erinnerungskultur soll gestärkt werden z. B. durch einen Gedenkort an Opfer des NSU
- Vernetzungsplattformen sollen auch für politische Bildung genutzt werden
- Kampagne für Vielfalt in Kooperation mit marginalisierten Gruppen soll durch die Verwaltung organisiert werden
- der europäische Austausch über Demokratiekonzepte soll gefördert werden, z. B. europäische offene Werkstatt
- die Präventionsdatenbank www.Paevention-chemnitz.de soll stärker beworben werden
- Fortbildungen zur Förderung von Medienkompetenz und zur Sensibilisierung gegenüber Fake News sollen zielgruppengerechter und vielfältiger sein
- rechte Netzwerke & Strategien sollen sichtbar gemacht und mehr thematisiert werden
- es soll mehr Weiterbildungsseminare zu Antisemitismus an mehr Schulen und für mehr Menschen geben

Handlungsfeld demokratiefördernde Partizipation

Sind die vorhandenen Beteiligungsformate zielgruppengerecht? Welche Strategien helfen, um Mitwirkung attraktiv zu gestalten? Wie können wir besser an alle denken und benachteiligte Gruppen selbstverständlicher einbinden?

Bedarfe im Handlungsfeld demokratiefördernde Partizipation

die Sensibilität für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung muss weiter entwickelt werden

Barrierefreiheit soll in der Gesellschaft selbstverständlich mitgedacht werden

Menschen mit Einschränkungen sollen mit ihrer Expertise wertgeschätzt werden, ohne sie zu zwingen in diese Rolle zu kommen (nicht jede/r Betroffene möchte Expertin/Experte sein)

Stadtrat und Ausschüsse : Menschen mit Behinderung sollten ermutigt werden, sich für diese zu bewerben und dann ausgewählt werden
es braucht ein Bewusstsein, dass viele Menschen Privilegien haben und ohne Hindernisse Teilhabe leben können, was andere nicht haben
Marginalisierte Gruppen brauchen Selbstermutigung und Befähigung um Teilhabe selbst zu erleben, Wege aus Fürsorgekreisläufen sollen mehr deshalb mehr in den Fokus rücken
Betroffene sollen sich nicht über Barrieren beschweren, sondern engagieren, um Barrieren abzubauen (z. B. für Wahllokale ohne Barrieren)
Das Engagement der Stadt für gemeindebasierte Akteure und die Bürgerschaft soll inklusiv und vielfältig sein
Schaffung eines günstigen Umfelds, in dem Extremismus und Hass keine Wurzeln schlagen können
Spannungen zwischen Gruppen sollen verringert und gleichzeitig der soziale Zusammenhalt gestärkt werden
Förderung und Schutz der Menschenrechte sowie Geschlechtergerechtigkeit sollen thematisiert werden
Wertestements sollen verdeutlichen, für die die Stadt steht z. B. Gleichstellung, Vielfalt, Inklusivität, Gleichberechtigung und Offenheit
Umgang mit Superdiversität soll erlernt werden, das heißt, neue Strategien zu entwickeln, um mit der zunehmenden Heterogenität der Stadt z.B. durch mehrfache Zuwanderungswellen (neue soziale Komplexivität) positiv umzugehen und nicht noch Spannungen und Konflikte zu verstärken
Jugendliche sollen mehr Freiräume bekommen, dafür sollen Strukturen des Stadtteilmanagements und der Bürgerplattformen genutzt werden, ohne zu belehren
Verschiedenheit von Jugendkulturen soll wertgeschätzt werden und anerkannt sein
Initiativen, die sich in kleinen Sozialräumen für Demokratie und friedliches Miteinander engagieren, sollen unterstützt werden
Junge Menschen wollen in ihrer Lebenswelt gehört werden, eine Stimme haben, erleben dass ihre Bedürfnisse ernstgenommen werden, dafür braucht es Menschen und Angebote, die das leisten
es fehlt an Akzeptanz, dass die Förderung von Kompetenzen zur Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Werte zum Selbstverständnis in der Chemnitzer Stadtgesellschaft gehören
demokratisch engagierte Bürgerschaft soll so informiert werden, dass bei Verletzung von Menschenrechten die Unterstützungssysteme bekannt sind und genutzt werden können

Mittlerziele im Handlungsfeld demokratiefördernde Partizipation

- ***Formate und Möglichkeiten für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sind bereitgestellt und bekanntgemacht***
- ***Sozial, ökonomisch und kulturell ausgegrenzte Menschen sind in demokratiefördernde Maßnahmen eingebunden und als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft akzeptiert***
- ***Kindern und Jugendlichen stehen ausreichend Möglichkeiten zur politischen und demokratischen Teilhabe zur Verfügung***
- ***Bürgerinnen und Bürger nehmen Beteiligungsangebote an und bringen Ihre Ideen ein***

Durch die an der Fortschreibung Beteiligten wurden zu diesen Zielen folgende Maßnahmen vorgeschlagen – Auszug

- die Stadtverwaltung unterstützt weiterhin Minderheiten und betroffene Gruppen von Diskriminierung bei der Umsetzung von Begegnungsveranstaltungen und kulturellen Projekten
- Präventionsmaßnahmen sollen gefördert werden, um Extremismus und Polarisierung multidisziplinär und gesamtgesellschaftlich abzubauen
- Prävention soll auch realistisch sein
- Antirassismuskonzept der Stadt Chemnitz entwickeln und umsetzen gemäß Stadtratsbeschluss zur Mitgliedschaft bei ECCAR
- 10 Punkte Plan ECCAR umsetzen und Ressourcen bereitstellen
- Jugendforum soll die Vernetzung von Jugendgruppen fördern, die es bereits gibt, diese sollen nicht in Konkurrenz stehen
- es soll mehr Förderung von Begegnungsmaßnahmen von Einheimischen und Zugewanderten geben, um Vorurteile abzubauen
- Kindern und Jugendlichen fehlen soziale, emotionale und interkulturelle Kompetenzen, die zu demokratischer Streitkultur, zur gewaltfreien Konfliktlösung, zur Beteiligung sowie einer menschenrechtlichen Orientierung befähigen
- es fehlt an Formaten, die einen wertschätzenden, diskriminierungsfreien Austausch zwischen verschiedenen Gruppen auf Augenhöhe ermöglichen
- integrative Projekte strategischer oder unterstützender Natur sollen zu einer nachhaltigen Entwicklung einer demokratischen und anti-rassistischen Kultur führen.
- Übermitteln von Nachrichten in den jeweiligen Landessprachen soll selbstverständlich sein
- es soll Formate für „Speakers Corner“ z.B. sprechende Wände geben, Debattierecken
- für Platzgestaltungen soll es nicht nur Informationsveranstaltungen, sondern echte Beteiligung und entscheidbare Budgets geben
- Öffentlichkeitsarbeit über das, was schon gut funktioniert, soll verbessert werden

Handlungsfeld Gewaltprävention

Wie kann es besser gelingen, gewaltfreie Konfliktlösungsmodelle zu vermitteln und anzuwenden?

Bedarfe im Handlungsfeld Gewaltprävention

Gewaltfreie Kommunikation braucht mehr Unterstützung und entsprechende Fortbildungen

Jugendarbeit braucht mehr Unterstützung und bessere Vernetzung, um Kindern eine Stimme zu geben

eigene Haltung stärken und Zivilcourage fördern, dafür braucht es mehr Sensibilisierung und Angebote

Friedliche Handlungsoptionen zu Gewalt sollen mehr vermittelt werden

Konfliktkultur muss entstehen, lernen sich zu entschuldigen (schon im Kita-Bereich)

Ambiguitätstoleranz (die Fähigkeit mehrdeutige Situationen und widersprüchliche Handlungsweisen zu ertragen) und Bewusstsein für Adultismus (Altersdiskriminierung von Kindern- und Jugendlichen) sollen gefördert werden

Generationsübergreifende Projekte sollen sich präventiv mit dem Thema Gewalt befassen
es soll mehr Fokus auf Zivilcourage gelegt werden, engagierte Menschen sollen gestärkt und begleitet werden

Gewaltfreiheit soll mehr mitgedacht und in Kunst/Kultur/Öffentlichkeit/Gemeinwesen mitgetragen werden

mehr Synergien zw. einzelnen Themenfeldern sollen hergestellt werden

Strukturen müssen sich ändern, um für Sichtbarkeit von Gewalt und queere Realitäten zu sorgen, die mit Gewalt umgehen müssen
es braucht mehr Thematisierung von Ausgrenzung/Ablehnung
Gewaltstrukturen sollen aufgedeckt werden
Alltagsrassismus soll als Problem klar benannt werden
Es braucht klare Positionierung von Verantwortungsträgern zu rassistischen oder anderen Angriffen auf marginalisierte Gruppen
Schutz von politisch engagierten Menschen, queeren Menschen und Minderheiten, die als politische Gegner definiert werden
es braucht das Bewusstsein, dass ohne Bearbeitung von Konflikten Eskalationen entstehen, die nachhaltige negative Auswirkungen auf die Kommune haben
Entstehen Konflikte, braucht es Bewertung und Einordnung sowie eine Bearbeitungsstrategie um zu entpolarisieren, die menschenrechteverachtende /demokratische Kräfte zu stärken, Ebenen zu trennen und nachhaltige Strukturen zu schaffen (Triadische Konfliktbearbeitung nach Faller)

Mittlerziele im Handlungsfeld Gewaltprävention

- ***Der Umgang zwischen Bürgern und Bürgerinnen in Chemnitz ist friedlich, respektvoll und wertschätzend.***
- ***Konflikte werden als Chancen verstanden und konstruktiv gelöst.***
- ***Alle in Chemnitz lebenden Menschen fühlen sich sicher.***
- ***Bürgerinnen und Bürger haben eine Haltung entwickelt, die Zivilcourage stärkt***
- ***Bürgerinnen und Bürger sind von der Verwaltung so unterstützt, dass Maßnahmen zur Gewaltprävention und sozialer Kompetenzförderung nachhaltig umgesetzt werden können***
- ***Minderheiten sind respektiert und vor Gewalt geschützt.***
- ***Kinder und Jugendliche, Bürgerinnen und Bürger gehen fair miteinander um und tolerieren Verschiedenheit.***
- ***Fortbildungsangebote über Konfliktlagen und zur Entwicklung von Lösungsstrategien für Konflikte sind zielgruppengerecht vorhanden***

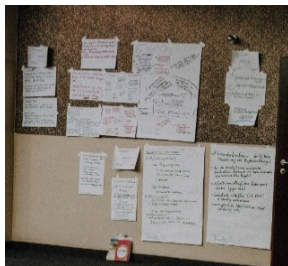
Durch die an der Fortschreibung Beteiligten wurden zu diesen Zielen folgende Maßnahmen vorgeschlagen – Auszug:

- um Gewalt professioneller begegnen zu können braucht es den Ausbau vorhandener und den Ausbau neuer Formate
- Projekte, die Fairness im Sport fördern, sollen umfangreicher angeboten werden
 - dazu gehören Projekte zum Thema „Sport statt Gewalt“, da Sport zu einer gemeinsamen Sprache und Teambildung führen kann
 - eingebunden werden sollen alle, ohne Ausgrenzung auf Grund von Kultur, Religion oder Herkunft
- mehr Angebote für Situations- und Deeskalationstraining
- mehr Formate, die Erziehungsverantwortung, Kompetenz und Konfliktlösungsfähigkeit ohne Gewalt stärken
- es werden mehr Angebote und finanzielle Ressourcen für Trainingsmaßnahmen zur Deeskalation und Bewältigung eskalierender Situationen gebraucht
- Formate, die Erziehungsverantwortung, Kompetenz und Konfliktlösungsfähigkeit ohne Gewalt stärken, brauchen mehr und nachhaltige Förderung

- Fortbildungen zur gewaltfreie Kommunikation ausbauen, um deeskalierende Dialogarbeit zu ermöglichen
- die Stadtverwaltung ermöglicht relevanten Institutionen, Trägern, Bürgerinnen und Bürgern Fortbildungen zu Konfliktmanagement im öffentlichen Raum (Projekt Konfliktmanagement im Öffentlichen Raum KPR Chemnitz/ ASSKOMM LPR Sachsen).
- die Stadtverwaltung bietet Möglichkeiten zur Entwicklung von Selbstkompetenz, der Öffnung von Gestaltungsspielräumen und der Vernetzung, um in städtischen Quartieren das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen zu stärken, von Diskriminierung betroffene Minderheiten werden einbezogen
- eine Arbeitsgruppe befasst sich mit rassistischen Vorfällen, rechtsextremistischen Bestrebungen, Antidiskriminierung und der Entwicklung von Maßnahmen zur Prävention und Aufklärung (AG Radikalisierungsprävention)
- Konzepte zur systemischen Konfliktbearbeitung zur Vermeidung von Kinder- und Jugendkriminalität werden umgesetzt und finanziell unterstützt, dadurch wird auch Radikalisierung präventiv entgegengewirkt
- Fachkräfte der Polizei, Verwaltung und Jugendarbeit vernetzen sich und erhalten die Möglichkeit, sich in Fachveranstaltungen konstruktiv zu Konfliktlagen auszutauschen (Fachtage Netzwerk Gewalt- und Radikalisierungsprävention)

Ressourcenanalyse

Bestehende Netzwerke und zu entwickelnde Ressourcen



Das kommunale Handlungskonzept zur Demokratieförderung verfolgt verschiedene Strategien zur Förderung einer der pluralen Gemeinschaft, demokratischer Bürgertugenden und der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Dafür werden insbesondere Ressourcen zur Förderung und Vernetzung benötigt und bereits eingesetzt.

Foto: Ines Vorsatz

Es wurde eine Fachstelle für die Kriminalprävention und Projektförderung eingerichtet, welche mit externen Trägern und Stakeholdern kooperiert, um die Zielstellungen umzusetzen. Dies entspricht auch dem Förderauftrag aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“.

Beratendes Gremium - Kernbündnis

Das beratende Gremium (Begleitausschuss als Kernbündnis) für die Begleitung der kommunalen Mikroprojekte setzt sich gemäß der kommunalen Förderrichtlinie aus ständigen und wechselnden stimmberechtigten Mitgliedern zusammen. Ständige Mitglieder sind die Vertreter der Verwaltung:

- Jugendamt
- Kulturbetrieb/Kulturförderung
- Landesamt für Schule und Bildung Standort Chemnitz (LASUB STOC)
- Migrationsbeauftragte/r
- Ordnungsamt
- Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge
- Sozialamt
- Sportamt

Das Kernbündnis, welches steuert und berät, setzt sich aus den Mitgliedern zusammen, die bereits im Begleitausschuss verankert sind. Ein Rotationssystem für zivilgesellschaftliche Mitglieder sichert ab, dass neue Akteurinnen und Akteure Zugang haben. Wechselnde Mitglieder sind Träger und Initiativen, die Demokratie fördern und unterstützen. Sie bewerben sich um eine Mitgliedschaft und werden im Rotationsverfahren aus der Mitte des Begleitausschusses gewählt. Der Begleitausschuss berät die Fachstelle bei der Fördermittelvergabe und wirkt an der Umsetzung des LAP mit. Damit ist der Begleitausschuss eine wichtige Ressource zur Umsetzung des LAP und der Partnerschaft für Demokratie Chemnitz.

Erweitertes Bündnis für die Förderung des demokratischen Zusammenlebens

Das Kernbündnis wird um die Mitglieder der AG Radikalisierungsprävention erweitert. Dieses erweiterte Bündnis wertet das aktuelle Lagebild aus und erarbeitet Impulse zur strategischen Ausrichtung der Maßnahmen im Rahmen der Förderstrategie.

In Chemnitz hat sich auf Grund der Vernetzungstreffen „Chemnitz für Menschlichkeit“ und der „Miteinanderkonferenzen“ ein breit aufgestelltes Netzwerk von demokratisch engagierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Stakeholdern etabliert. Diese ergänzen das Bündnis als wichtige Impulsgebende.

Arbeitsgruppe Radikalisierungsprävention

Die Arbeitsgruppe ist eine aktive Plattform für den Erfahrungsaustausch, Informationen, Bedarfsanalyse, Projektentwicklung, Vernetzung und Entwicklung fachlicher Grundlagen. Unser Ziel ist langfristiges, nachhaltiges Engagement und vernetztes Agieren für eine tolerante, demokratische Stadt. Dabei setzen die Mitglieder auf Vielfalt der Akteure und der Maßnahmen, um möglichst viele Chemnitzerinnen und Chemnitzer zu erreichen. Die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans für Demokratie, Toleranz und ein weltoffenes Chemnitz wird durch die Mitglieder aktiv unterstützt. Die AG Radikalisierungsprävention widmet sich nachhaltig der Auseinandersetzung mit antidemokratischen, menschenverachtenden, diskriminierenden, gewaltverherrlichenden und extrem rechten Einstellungspotentialen und der lokalen Strategieentwicklung zur Demokratieförderung. Durch die Mitglieder der Arbeitsgruppe werden Beteiligungsformate und Fachtage entwickelt und umgesetzt.

Steuerungsgruppe Prävention im Team

Die Steuerungsgruppe Prävention im Team (PIT) verbindet Verwaltung, Bildung, Polizei und Träger von Präventionsangeboten miteinander, um nachhaltige Präventionsarbeit u. a. zum Thema Gewalt zu sichern. Grundlage ist eine Kooperationsvereinbarung. Die Steuerungsgruppe prüft Bedarfe, bündelt Angebote der Prävention und setzt ein aktives Qualitätsmanagement um. Das Präventionsnetzwerk Chemnitz ist ein Arbeitsansatz, der auf der Teambildung und Kooperation von Schule, Polizei, Jugendhilfe und Freien Trägern basiert. Präventive Handlungen und Maßnahmen sollen nach diesem Verständnis fördern, dass individuell, sozial oder gesellschaftlich gewünschte positive Zustände oder Entwicklungen eintreten. Zielsetzung ist, dass Prävention in den Themenfeldern Gesundheitsförderung, Demokratieförderung, Gewalt, sexuelle Bildung und Medienpädagogik, interdisziplinär, ressort- und institutionsübergreifend umgesetzt werden soll. Im Rahmen der Steuerungsgruppe werden Präventionsangebote in der Datenbank www.praevention-chemnitz.de begleitet und gebündelt.

Ressource Beteiligung

Als wertvoller Ressourcenpool hat sich die im LAP etablierte Beteiligungskultur erwiesen. Diese soll deshalb beibehalten und nachhaltig fortgesetzt werden. Dazu gehören die Fortsetzung beteiligungsorientierter Veranstaltungen und Workshops, die Beratung und

Ermunterung demokratisch engagierter Menschen und die Unterstützung sozialraumorientierter Initiativen und Bündnisse. Dass das Engagement im Rahmen des kommunalen Handlungskonzeptes in der Vielfalt der Akteurinnen und Akteure breit aufgestellt ist, belegt die Beteiligungsstruktur der Antragstellenden zur Umsetzung der strategischen Ziele.

Die in den letzten Jahren aufgebaute Netzwerkstruktur umfasst mehr als 400 Personen und bildet ein Beteiligungsbündnis, in dem Bürgerinnen und Bürger sich in einem geschützten Rahmen in die Demokratiearbeit einbringen können. Entscheidendes Gremium sind hier Vernetzungstreffen, Demokratiekonferenzen und Miteinanderkonferenzen.

Beteiligungsstruktur zur Umsetzung des Kommunalen Handlungskonzeptes zur Demokratieförderung der Jahre 2019 bis 2024



Ressourcen, die das Engagement demokratisch engagierter Bürgerinnen und Bürger bereits positiv stärken:

Die Stadt Chemnitz bekennt sich durch die Bereitstellung von Fördermitteln (jährlich 80.000,00 € kommunale Haushaltsmittel) und einer internen Koordinierungsstelle (Fachstelle Kriminalprävention) weiterhin zur präventiven Demokratiearbeit. Strategischer Ansatz ist hier die Präventionsarbeit und die Unterstützung von Akteurinnen und Akteuren, die sich für Demokratie und einen wertschätzenden Umgang aller hier Lebenden einsetzen. Ergänzend zur kommunalen Förderung werden weitere Fördermittel z.B. des Bundes eingeworben, wenn dies mit den vorhandenen Personalressourcen vereinbar ist.

Die Stadtverwaltung Chemnitz stellt außerdem finanzielle und personelle Ressourcen bereit, die es ermöglichen, die kommunalen Haushaltsmittel aufzustocken und um personelle Ressourcen extern zu erweitern (Externe Koordinierungsstelle). Dies ermöglicht eine kontinuierliche Zielgruppenarbeit mit Jugendlichen (Jugendforum) und demokratisch engagierten Menschen (Plattform Chemnitz für Menschlichkeit, Demokratiekonferenzen)

Ressourcen und Veränderungen, die gewünscht werden, um demokratisches Engagement nachhaltig positiv stärken (Ergebnisse aus den Beteiligungsformaten):

- Fördermittelformulare im LAP sollen in einfacher Sprache formuliert und barrierefrei zugänglich sein
- Projektförderungen sollten überjährig und nicht jahresgebunden möglich sein
- Fristen für die Antragstellung im LAP sollten flexibler gestaltet werden
- es sollte ein Finanzierungsnetzwerk geschaffen werden, damit die Ressourcen breiter aufgestellt sind
- Beteiligungsstruktur der Antragstellenden Förderschwerpunkte sollten jährlich bedarfsgerecht neu formuliert werden
- gestärkte Bedarfs- und ressourcenorientierte Zusammenarbeit und Abstimmung von Akteuren sowie die Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen diesen und Ansprechpartnerinnen/Ansprechpartnern der Stadtverwaltung
- nachhaltige Zusammenarbeit und Abstimmung innerhalb der Stadtverwaltung zur Bearbeitung von Konfliktlagen, Abstimmung zu Strukturen, Ressourcen und Aufgaben, die für die Aufgabe genutzt werden können
- vorhandene Ressourcen für die Bearbeitung von Konflikten im öffentlichen Raum nachhaltig sichern, verstetigen, stärken und diese bei Bedarf weiter ausbauen.
- Hilfsstrukturen für die Bearbeitung von Konflikten vor Ort und in der Verwaltung werden transparent kommuniziert und vor Ort nutzbar
- Bürgerinnen und Bürgern durch Informationen im Amtsblatt, Stadtteilzeitungen und Informationskanäle der örtlichen Akteure befähigen, Konflikte zu erkennen und vorhandene Hilfsstrukturen zu aktivieren und zu nutzen
- bedarfsorientierte Weiterbildungsangebote zu Kompetenzbildung für Konfliktmanagement und Handlungsfähigkeit werden mehr genutzt (z. B. Stiftung Mitarbeit, Aktion Zivilcourage, VfB Salzwedel e.V.)
- örtliche Anlaufstellen z.B. über Bürgerplattformen stehen bereit, damit Bürgerinnen und Bürger Unterstützungsangebote aufsuchen können.
- niedrigschwellige Beteiligungsangebote (keine großen bürokratischen Hürden)
- AG Jugendbeteiligung neu etablieren
- mehr Unterstützung bestehender Initiativen
- mehr bedarfsgerechte Formate für Kinder- und Jugendliche, die niedrigschwelligen Zugang ermöglichen (z. B. Festivals)
- bessere Informationen, dass Bürgerplattformen über ein stadtteilorientiertes Jugendbudget (min. 10%) verfügen und genutzt werden können
- Jugendliche zielgruppengerechter über ihre Rechte in der Gesellschaft und demokratischen Werte informieren
- mehr Personalressourcen für Antirassismusbearbeitung und Demokratieförderung in der Verwaltung bereitstellen
- eine vielfältige und breit aufgestellte Vereinslandschaft und gute und nachhaltige Finanzierung von Vereinen sichern
- einen hohen Grad und gute Stabilität von Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure in der Stadt sichern
- Positive Veränderung des Eindrucks von Teilen in der Stadtgesellschaft, vernachlässigt, abgehängt, nicht mehr wichtig zu sein
- mehr Ressourcen für bessere gesellschaftliche Beteiligung für den Teil der Bevölkerung, der sich abgehängt fühlt

5. Strategische Ausrichtung der kommunalen Handlungsstrategie

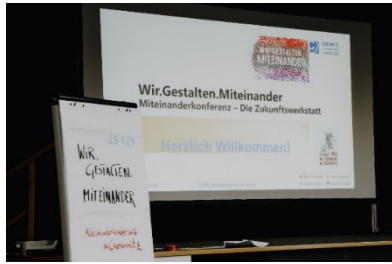


Foto: Ines Vorsatz

Das Kommunale Handlungskonzept zur Demokratieförderung soll demokratisch engagierte Menschen nachhaltig dabei unterstützen, demokratische Grundrechte zu schützen und zu stärken.

Dazu gehören folgende strategische Zielstellungen:

- Vermittlung der Grundlagen von Demokratie
- Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung
- Stärkung gemeinwohlorientierten Handelns
- Stärkung von Dialog- sowie Konfliktfähigkeit und damit zusammenhängend,
- setzen demokratischer Grenzen

Grundlage bilden das Grundgesetz, das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (ICERD) und die UN Menschenrechtskonvention.

Die Ziele sollen gemeinsam mit allen umgesetzt werden, die demokratische Werte fördern wollen. Dabei soll gesellschaftliche Teilhabe für alle und inklusiv ermöglicht werden. Teilhabe ist sowohl eine Voraussetzung für Menschenrechte als auch eines ihrer wesentlichen Ziele. Es ist der große Wunsch aus den Miteinanderkonferenzen, dass Menschen nicht in Fürsorgeschleifen verbleiben. Der Inklusionsansatz ist im Handlungskonzept deshalb so zu verstehen, dass alle Formate selbstbestimmte Teilhabe ermöglichen. Fürsorge, Beratung und Begleitung engagierter Menschen mit Unterstützungsbedarf sollen so erfolgen, dass sie in der Lage sind, selbstbestimmt zu handeln und aktiv zu sein.

Ein weiteres Anliegen aus den Miteinanderkonferenzen ist der Wunsch, erfolgreiche Politik gegen rassistisch, und anderweitig vorurteilsmotivierte Diskriminierung und Gewalt zu unterstützen. Daher soll das Handlungskonzept auch dazu beitragen, Gleichstellung, Inklusion, Chancengleichheit und Gleichbehandlung zu stärken.

Es bleibt deshalb bei den bisherigen Grundsätzen der Handlungsstrategie:

- dass Demokratie als Lebensform und politische Ordnung mehr Akzeptanz und Wertschätzung erhält
- Menschenrechte als Grundlage des Zusammenlebens anerkannt sind
- Diskurse konstruktiv und friedlich geführt werden
- demokratisch engagierte Zivilcourage gefördert wird und gewünscht ist
- demokratisches Engagement als Voraussetzung zur Umsetzung der Grund- und Menschenrechte in der Gesellschaft anerkannt ist und unterstützt wird

Die Festlegung konkreter, terminierter Maßnahmen zur Umsetzung der Handlungsstrategie ist nicht Gegenstand der Fortschreibung. Die folgenden benannten Maßnahmen sind als Beispiele für Anregungen zu verstehen, die durch Projektträger umgesetzt werden können:

Schwerpunkt Zielgruppe junge Menschen in Chemnitz:

- Angebote für die Stärkung von Fachkräften der pädagogischen Arbeit

- Angebote zur Stärkung der Selbstwirksamkeit junger Menschen
- Attraktive Freizeitangebote, insbesondere Sport- und Gruppenaktivitäten, die helfen Jugendlichen ihren Alltag zu strukturieren und eine Alternative zu ziellosen Aktivitäten im öffentlichen Raum bieten, die mit einem erhöhten Risiko für Gewalt und Kriminalität verbunden sind
- Beteiligung der Jugendlichen selbst an Problemanalyse und Lösungsfindung, um Eigenverantwortung und Akzeptanz zu fördern
- Förderung sozialer Kompetenzen durch Sport, Gruppenprojekte oder kreative Angebote damit Jugendliche Teamfähigkeit, Fairness, den Umgang mit Konflikten und das Einhalten von Regeln erlernen und Aggressionspotenziale verringert werden
- Niedrigschwellige Zugänge zu offenen Freizeitangebote erhalten, damit auch gefährdete Jugendliche angesprochen werden, die sich sonst von klassischen Institutionen wie Schule oder Verein distanzieren
- Freizeitangebote erhalten, um den Aufbau von Beziehungen zu Vertrauenspersonen zu ermöglichen und frühzeitig intervenieren können
- spezielle Programme wie Mitternachtssport oder Streetwork nutzen, um Jugendliche gezielt von der Straße zu holen und ihnen sichere Räume zu bieten
- Stärkung von Fachpersonal um pädagogische Interventionen bei Konflikten zu ermöglichen
- Kooperationen im Sozialraum stärken, damit die Zusammenarbeit von Freizeiteinrichtungen, Schulen, Polizei und Jugendhilfe damit umfassende Präventionsstrategien umgesetzt werden können
- Regelmäßige Treffen zur Analyse von Konfliktherden und Entwicklung gemeinsamer Strategien
- Konzept zur Bekämpfung aggressiver Gewalt von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum erstellen, um durch ein mehrdimensionales, vernetztes Maßnahmenpaket die Risikofaktoren zu minimieren

Schwerpunkt Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger:

- Angebote der gruppenübergreifenden Vernetzung und des Kennenlernens, beispielsweise Stadtteilstefte
- Die demokratisch orientierte Belegung der Straße und öffentlicher Orte in Kooperation mit Trägern der Stadtteilarbeit und niedrigschwelligen Beteiligung zum Zweck der gewaltfreien Besetzung des Raums
- Die fortgesetzte Nutzarmachung der Interventionsflächen im Nachgang an die Kulturhauptstadt 2025 unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Menschen in den Stadtteilen
- Förderung dezentraler und solidarischer Vernetzung der Bürgerinnen und Bürger
- Förderung des Bewusstseins zu demokratischen Werten und den Vorteilen einer demokratischen Gesellschaft
- Förderung des Erlebens von Gemeinschaft und gemeinschaftlicher Selbstwirksamkeit durch kurzfristigen Aktivismus und langfristige Projekte in den Stadtteilen und darüber hinaus

Partizipation als Grundsatz der Handlungsstrategie:

Die definierten Bedarfe, Handlungsfelder und Ziele bilden den Rahmen für die Projektförderung. Die Maßnahmen werden durch Antragstellende auf dieser Basis selbst entwickelt. Damit ist gewährleistet, dass auf aktuelle Bedarfe reagiert werden kann. Demokratisch Engagierte können kreativ und selbstbestimmt Ideen entwickeln und Modellprojekte testen. Sie sind nicht davon abhängig, ob Erfolge immer eintreten. Erfahrungen aus diesen Prozessen werden geteilt und tragen zum Lernen bei. Die Handlungsstrategie ist auf die direkte Beteiligung ausgerichtet. Dabei wird Selbsterfahrungen, Selbsterleben und Resonanzbedürfnissen der Raum gegeben, den demokratisch Engagierte brauchen.

Qualitätssicherung bei der Umsetzung von geförderten Maßnahmen

Um die Qualitätssicherung zu gewährleisten, bleibt es bei der Anwendung von Grundsätzen der Prävention nach Beccaria. Die Prüfung der Standards erfolgt bereits bei der Antragstellung:

1. Problembeschreibung
2. Analyse des Bedarfs auf Grund der Problembeschreibung
3. Festlegung der Präventionsziele in Bezug auf die Zielgruppen
4. Beschreibung der Maßnahmen und Methoden für die Zielerreichung unter Beachtung der Zielgruppen und Untersetzung mit Erfolgsindikatoren (SMART)
5. Fachliche Grundlagen, Qualifikation der Mitarbeiter, Ressourcen und Arbeitsansatz
6. Evaluation und Erfolgsfaktoren,
7. Dokumentation

An Hand der Erfolgsindikatoren ist gewährleistet, dass eine Erfolgsmessung nachprüfbar erfolgen kann. Die Bewertung der Maßnahmen erfolgt mit den in der Förderrichtlinie verankerten Kriterien:

1. Die Projekte nehmen auf ein im LAP benanntes oder konkret angegebenes Problem Bezug. Es werden Ursachen für das Problem benannt.
2. Projektziele: Das Projekt verfolgt konkret benannte Handlungsziele, und bezieht sich auf die Mittlerziele des LAP.
3. Es werden konkrete und nachvollziehbare Maßnahmen angegeben, um die Handlungsziele zu erreichen
4. Es werden Indikatoren angegeben, woran sich ein Erfolg sowie die Nachhaltigkeit des Projektes erkennen lassen. Es wird angegeben wie sich diese Indikatoren messen lassen.
5. Die Antragstellung im Rahmen des LAP ist zu begründen.
6. Das beantragte Projekt ist geeignet, qualitative Angebote für Bildung, Information, Begegnung und/oder Beteiligung bereitzustellen.
7. Im Rahmen des beantragten Projektes werden niedrigschwellige Zugänge ermöglicht.
8. Die im Lokalen Aktionsplan genannten Zielgruppen werden angesprochen.
9. Das beantragte Projekt wirkt in den Sozialraum und besitzt einen Gemeinwesenbezug.
10. Das beantragte Projekt wird im Rahmen von Kooperationen umgesetzt.
11. Das beantragte Projekt soll nachhaltig wirksam sein. Besondere Berücksichtigung finden Projekte, die präventiv wirken und die eine nachhaltige Entwicklung innovativer Handlungskonzepte durch beratende und wissenschaftliche Begleitung von Maßnahmen initiieren.
12. Das Projekt dient der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements.
13. Die Projekte können Modellcharakter aufweisen und sollen die Kriterien des Gender Mainstreaming beachten.

Der für die Bewertung der Projekte in der Förderrichtlinie enthaltene Kriterienkatalog ist weiterhin Grundlage der Qualitätssicherung. Die Voten des Begleitausschusses erfolgen auf Grundlage eines gemeinsamen Rankings sowie detaillierter inhaltlicher Diskussion.

Die Fördermaßnahmen werden außerdem wie folgt eingeordnet, um sie evaluieren zu können:

Angebote der universellen Prävention

- Identitätsstiftende Angebote für junge Menschen
- Angebote zur Förderung positiver Erfahrungen mit sozialer Vielfalt
- Angebote zum Abbau diskriminierender Haltungen
- Angebote zum Faktenchecking
- Angebote zur Haltungsreflektion und Wertestärkung
- Angebote zur Förderung von Sozialkompetenzen
- Angebote zur gewaltfreien Konfliktlösung

- Angebote zum interaktiven, moderierten Austausch zwischen Gruppen
- Angebote zur Wertschätzung positiven Engagements

Angebote der allgemeinen Demokratieförderung oder Demokratiebildung

- Angebote für allgemeine demokratische Bildung
- Angebote zur Wissensvermittlung
- Aufklärungs- und Informationsangebote

Wirkungsebenen

- Individuell
- Sozialräumlich
- Gesamtgesellschaftlich

Grundlage sind außerdem die aus den Problemlagen entwickelten Bedarfe und Handlungsfelder sowie die in den Beteiligungsworkshops und Vernetzungstreffen erarbeiteten Ziele.

Schutzkonzepte für Personen mit besonderem Schutzbedürfnis

Schutzkonzepte haben sich als erforderlich erwiesen, weil es immer mehr Gruppen gibt, die gegenüber anderen Gruppen mit Diskriminierung und Gewalt agieren. Die im Grundgesetz verankerten Werte wie Respekt, Gleichbehandlung und Nicht-Diskriminierung sollen geschützt werden.

Personen mit besonderem Schutzbedürfnis sind u.a. :

- Minderheiten- bzw. Schutzgruppen wie ethnische Minderheiten, religiöse Gruppen, geflüchtete Personen, Menschen aus den LGBTQIA+ Community
- Helfende Akteurinnen und Akteure (Mitarbeitende öffentlicher Einrichtungen, Zivilgesellschaft, Bildungseinrichtungen)

Schutzkonzepte sollen die Sicherheit und Würde aller gewährleisten, die z. B. an Veranstaltungen teilnehmen oder Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt erleben. Dafür sind vertrauenswürdige Anlaufstellen und Unterstützungswege erforderlich. Falls noch nicht vorhanden, sollten diese etabliert oder entwickelt werden. Dazu gehören z. B. Safe Spaces, Beratungsstellen, Rechtsberatungen oder Hilfsangebote.

Grundsatz ist die Partizipation der betroffenen Gruppen bei der Planung und Umsetzung der jeweiligen Maßnahmen. Sollten potenzielle Gefährdungen im jeweiligen Setting (Musikfest, Schulveranstaltung, Sportplatz, öffentlicher Raum, Veranstaltungen) identifiziert werden, so ist ein Schutzkonzept zu erstellen. Die jeweiligen Organisationsteams sollten unter Einbindung der Vertretungen der Zielgruppen ein Schutzkonzept erstellen. Darin ist die Anlaufstelle oder Schutzkoordination vor Ort (verantwortliche Person) zu benennen. Wichtig ist, eine Gefahrenanalyse zu erstellen und die Risikobewertung von Eskalationswegen bei Bedrohungen oder Diskriminierung in einem Lagebild zu erfassen. Hierbei sollte die Zusammenarbeit mit Polizei, Beratungsstellen, Verwaltung und hilfreichen Unterstützungssystemen gesucht werden. Die Festlegung von Präventions- und Interventionsmaßnahmen sollte an den jeweiligen Einzelfall angepasst werden. Dazu gehören u. a. :

- Schulungen zu Diversity, Deeskalation, Anti-Diskriminierung
- Definition klarer Verhaltensregeln
- Formulierung von Hausordnungen in Bezug auf Schutzstatus und Interventionsmöglichkeiten
- Aussagen zu barrierearmen Zugängen und Kommunikation
- Sichtbare Ansprechpersonen, gut erreichbare Safe-Räume/Anlaufstellen

- Anpassung vorhandener Sicherheitskonzepte
- Angebote von Deeskalationstrainings und Mediationen
- Bekanntmachung der Verfügbarkeit von professioneller Unterstützung (Beratung, Rechtsbeistand)
- Bekanntmachung von Meldesysteme (anonym und sicher)
- Gewährleistung von Datenschutz und Vertraulichkeit
- Minimale Datenerhebung, klare Zweckbindung, Zugriffsbeschränkungen
- Mehrsprachige, barrierefreie Informationen vor Ort und digital
- Hinweise zu Rechten, Hilfsangeboten, Ansprechpersonen
- Regelmäßige Feedback-Schleifen mit Betroffenen
- Schulungen zu Kulturkompetenz und Deeskalation
- Übungs-Szenarien und Reflektion mit betroffenen Gruppen
- regelmäßige Auswertung, Anpassung des Konzepts, unabhängige Prüfung durch betroffene Gruppen
- Maßnahmen zur Sicherung von Vertraulichkeit und Schutz der Privatsphäre
- klare Rechtswege bei Verstößen benennen

Die erforderlichen Ressourcen sollen in den Maßnahmen zur Umsetzung des Kommunalen Handlungskonzeptes zur Demokratieförderung mit benannt werden. Dazu gehören u.a. Bedarfe für Personal, Budget, Räumlichkeiten, Übersetzungs- und Dolmetscherdienste und die Angabe unterstützender Kooperationen mit lokalen Organisationen. Die Schutzmaßnahmen sollen auf der Grundlage von Antidiskriminierungsgesetzen, der Datenschutz-Grundverordnung und der Landesgesetze entwickelt und selbstorganisiert umgesetzt werden.

Erfolgsmessung, Controlling und Evaluierung von bewilligten Maßnahmen

Im Zuge der Antragstellung werden bereits Ziele und Erfolgsindikatoren vereinbart, mit denen gemessen werden kann, ob der erwartete Erfolg eingetreten ist. Die Ziele sollen SMART formuliert sein. Das heißt

- Spezifisch
- Messbar
- Akzeptiert
- Realistisch
- Terminierbar

Da es vielen Maßnahmeträgerinnen und -trägern schwerfällt Zieldefinitionen SMART zu formulieren, können sie die Ziele nutzen, die im Rahmen des Beteiligungsprozesses erarbeitet wurden. Sie müssen immer die Kriterien der Förderrichtlinie und der jeweiligen Förderprogramme erfüllen. Messbare Erfolgsindikatoren können z. B. sein:

- Zahl der Veranstaltungen, die durchgeführt wurde
- ein erstellter Flyer, der verteilt wurde
- Teilnehmende spielen Fair-play und erwerben Fähigkeit gewaltfreier Konfliktlösungen
- es gibt keine Gewalt im Projekt
- die Ausstellung führt zu Betroffenheit bei den Besuchenden und Diskussionen
- Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einschlägigen Veranstaltungen
- Anzahl der erreichten Netzwerkmitglieder
- Anzahl der Beteiligten in einem Bürgerdialog
- Permanenz und Frequenz von einschlägigen Aktivitäten, Diskussionen, Veranstaltungen
- Erreichte Sichtbarkeit und Wirkung in den Sozialraum

Einzelprojekte werden in einem Patenschaftssystem vor Ort aufgesucht und geprüft, ob eine antragsgerechte Umsetzung erfolgt und die beabsichtigte Wirkung eingetreten ist. Durch die Fachstelle Kriminalprävention werden die Projekte mit Hilfe eines Fragebogens evaluiert. Für

weitergehende Evaluierungen z.B. durch eine wissenschaftliche Begleitung wären umfangreiche finanzielle Mittel erforderlich, die nicht zur Verfügung stehen. Durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gibt es eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung im Rahmen des Gesamtprogramms. Die Ergebnisse können auf der Webseite des BMBFSFJ eingesehen werden.

Zielgruppen

Demokratie braucht alle Bürgerinnen und Bürger. Es bleibt deshalb bei den folgenden Zielgruppen:

1. Bürgerinnen und Bürger der Stadt Chemnitz
2. Kinder und Jugendliche
3. Migrantinnen und Migranten
4. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Einbindung von Zielgruppen in die Bearbeitung von Konfliktlagen (Auszug Konfliktmanagement im öffentlichen Raum)

- Die Einbindung unterschiedlicher Zielgruppen und Minderheiten durch den KPR in die Bearbeitung von Konflikten und die Prävention ermöglicht eine Vielfalt von eingebundenen Perspektiven. Dazu werden die im KPR tätigen Arbeitsgruppen und die Sicherheitskonferenz genutzt.
- Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich am Dialog über konfliktbehaftete Angelegenheiten und erleben sich als einbezogen. Dafür werden Stadtteilrunden, Netzwerkrunden in den Quartieren, Einwohnerversammlungen und Sicherheitskonferenzen genutzt.
- Kinder und Jugendliche werden in Dialogformate eingebunden und gehört. Dafür werden vorhandene Ressourcen der Jugendbeteiligung und Jugendarbeit genutzt (Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e. V.).
- Weiterführung der begonnenen Einbindung von Akteurinnen und Akteuren der Stadtgesellschaft aus Stadtverwaltung, Polizei, sozialen Trägern, Bildungsträgern sowie Vereinen, Organisationen, Projekten, informell organisierten Gruppen und dem Wirtschaftsleben

Vielfalt leben in Chemnitz – Gleichstellung und Chancengleichheit



Foto: Pressestelle

Chancengleichheit heißt, dass alle Bürgerinnen und Bürger die gleiche Chance bekommen sollen, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Ressourcen sollen gleich verteilt sein, ohne dass jemand wegen seiner sozialen Herkunft, seines Geschlechts, seiner Hautfarbe, seiner Religionszugehörigkeit oder wegen anderer persönlicher Merkmale benachteiligt oder bevorteilt wird.

Die Gleichstellung aller Geschlechter gehört in den geförderten Maßnahmen zum Selbstverständnis. Da das veraltete Grundverständnis zur Binarität von Geschlecht (Einteilung in Mann und Frau) die Realität der Vielfalt von geschlechtlichen Identitäten nicht spiegelt, wird in Zukunft darauf Wertgelegt, dass nicht mehr von einer Geschlechteridentität ausgegangen wird. Es gibt Menschen, die verschiedene Geschlechtsidentitäten annehmen können. Deshalb wird unterstützt, dass Aufklärung über und Akzeptanz aller geschlechtlichen Realitäten und Geschlechtsentwürfe einen höheren Stellenwert bekommen.

Danksagung und Mitwirkung an der Fortschreibung

Danke an alle, die sich in Chemnitz aktiv an der Fortschreibung beteiligt haben:

Mitglieder der AG Radikalisierungsprävention, Mitglieder des Begleitausschusses LAP, Teilnehmende der Vernetzungsplattform „Chemnitz für Menschlichkeit“, Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e. V. /externe Koordinierungsstelle PFD Chemnitz, Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e.V. Projekt Jugend voran/Vernetzung WOS, Antragstellerinnen und Antragsteller im LAP, D3 Geschäftsstelle KPR und Fachstelle Kriminalprävention, Mitglieder des Fachnetzwerks „Gewalt- und Radikalisierungsprävention“, Teilnehmende der Miteinanderkonferenz 1.0 am 14.09.2023 (Bedarfs- und Situationsanalyse), Teilnehmende der Miteinanderkonferenz 2.0 (Zielwerkstatt, Ressourcenanalyse) am 25.01.2024, TU Chemnitz (Institut für Soziologie), Teilnehmende der Miteinanderkonferenz 3.0 (Engagement Entwicklung, Handlungskonzept, Vernetzung) vom 13.06.2024, Teilnehmende an der Miteinanderkonferenz 4.0 vom 19.06.2025 (Miteinander Kooperation und Vernetzung)

Impressum

1. Auflage, 2025

Herausgeber:

Stadt Chemnitz · Der Oberbürgermeister

Ansprechpartner: Dezernat3/Geschäftsstelle Kriminalpräventiver Rat

Konzept: Ines Vorsatz

Fotos:

Seiten 1, 3, 17, 44 Pressestelle,

Seiten 2, 4, 6, 16, 35, 39 Ines Vorsatz

Seiten 8, 10 Förderverein Freunde der Kunstsammlungen Chemnitz e. V.

Seiten 10, 14-1, 26 Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e. V.

Seiten 11, 12, 15 INPEOS e. V.

Seite 13 Arthur e. V.

Seite 14-2 ASA FF e. V.

Seite 24 Felix Strugmann

Satz: Ines Vorsatz

Text/Redaktion: Ines Vorsatz

Projektleitung: Leiterin Geschäftsstelle Kriminalpräventiver Rat

Druck: Stadtverwaltung Chemnitz

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, verboten. Kein Teil dieses

Werks darf ohne schriftliche Genehmigung des Dezernat3/Geschäftsstelle

Kriminalpräventiver Rat der Stadt Chemnitz reproduziert, weiterverarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.